©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RÜCKBLICK AUF WEIMAR

Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil

Dokumentation von Hagen Schulze

I

„Ich gehe jetzt daran, meine goldene Uhr und sonstige entbehrliche Dinge, die man zu Geld machen kann, in Lebensmittel umzuwandeln. Muß sehen, wie lange das so geht. [. . .] Also warte ich hier auf bessere Zeiten und mache mir keine allzugroßen Sorgen, da ja mein Lebensfaden ohnehin schnell kürzer wird. [. . .]"[1] In dieser Lage befand sich Otto Braun im Sommer 1941 im Schweizer Exil. Der einstige „Rote Zar von Preußen", 1920 bis 1933 mit nur zwei kurzen Unterbrechungen preußischer Ministerpräsident und für lange Jahre der mächtigste Mann im Weimarer Staat, hatte am 4. März 1933, körperlich und seelisch gebrochen, menschlich und politisch gedemütigt, die Grenze zur Schweiz überschritten[2]. Er war der erste bedeutende Politiker der Weimarer Republik, der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung den Schritt in die Emigration tat; zwar hatte er aus dem Büro des Reichspräsidenten eine Warnung vor seiner unmittelbar bevorstehenden Verhaftung erhalten, und ihm sollte in den nächsten Monaten und Jahren ein Strom von Flüchtlingen folgen, aber für die noch kämpfenden und hoffenden Demokraten hatte Brauns Flucht gerade am Tag vor der Reichstagswahl etwas von der Desertion eines Kommandierenden Generals während der Entscheidungsschlacht an sich. Für eine namhafte politische Rolle in der deutschen Emigration hatte er sich damit aus dem Spiel gebracht, und es spricht auch nichts für die Annahme, ihm sei in den dreißiger und beginnenden vierziger Jahren an einer solchen Rolle gelegen gewesen; Theodor Wolff, der ehemalige Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", der Braun im Sommer 1935 in dessen Haus, der „Casa Erna" am Monte Verità über Ascona, besuchte, fand ein „blühendes Eremitenparadies", den Hausherrn Wurzeln rodend und Kartoffeln setzend und dem politischen Getriebe

---

[1] Braun an Weichmann, 18. 7. 1941, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg.

[2] Zu Brauns Biographie s. die beiden aus Anlaß seines 60. Geburtstages erschienenen Arbeiten: Erich Kuttner, Otto Braun, und: Hans Steffen (= Hans Goslar), Otto Braun, beide Berlin 1932; Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Eine Biographie, Berlin 1977; Eric D. Kohler, Otto Braun, Prussia and Democracy, 1872–1955, phil. Diss. Stanford Univ. 1971 (soll erheblich umgearbeitet und erweitert als Buch erscheinen); ferner Manfred Beer, Otto Braun als preußischer Ministerpräsident 1925–1932, phil. Diss. Würzburg 1970.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vollkommen entrückt. Wolff verstand das nicht: „Hannibal floh, um zu handeln, und pflanzte nicht Salat."[3]

In der Tat hatte Braun resigniert. Er glaubte nicht an eine erfolgversprechende politische Arbeit aus der Emigration heraus, und sein politisches Comeback nach einem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland hielt er für ausgeschlossen[4]. Ihm kam es nur noch darauf an, noch einmal publizistisch den Beweis zu führen, den er früher als Politiker zu führen gesucht hatte: daß eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung auch und gerade im einstigen Kernland der Reaktion, in Preußen, möglich gewesen sei; ihm ging es darum, dem angesichts der nationalsozialistischen Untaten grassierenden Preußenhaß im westlichen und neutralen Ausland das Wasser abzugraben, „der im Hinblick auf die 14 Jahre demokratisch-republikanischer Politik in Preußen ungemein deprimierend wirkt, besonders auf mich, der ich mein Wirken und Ringen um die friedlich-freiheitliche Gestaltung eines neuen Preußens so völlig ignoriert sehe . . ."[5] Aus diesem Grund schrieb er sein „politisches Testament"[6], seine Memoiren, die, von ihm selbst, von kritischen Freunden und hauptsächlich von der schweizerischen Armee-Zensur stark gekürzt, im Herbst 1939 unter dem Titel „Von Weimar zu Hitler" erschienen[7].

In seinen Erwartungen sah sich Braun enttäuscht. Zwar erregte sein Buch in den Kreisen der deutschen Emigration, in denen das Ende von Weimar ein nie versiegendes, schrill umstrittenes Thema darstellte, Aufsehen, denn Braun war der erste der „großen" Weimarer Politiker, der sich zu Wort meldete. Aber eine Breitenwirkung, wie sie Braun sich erhofft hatte, blieb aus; Übersetzungsprojekte ins Französische und Englische scheiterten, und unter deutschem Druck verschärfte der Schweizer Bundesrat die Zensurbestimmungen; seit 1941 durfte Emigrantenliteratur in den Buchhandlungen nicht mehr ausgelegt werden[8]. Auch in materieller Hinsicht war der geringe Erfolg seines Buches ein Schlag für Braun[9], denn ein laufendes Einkommen besaß er nicht. Freunde in den USA, Herbert Weich-

---

[3] Theodor Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936, S. 359.

[4] Brüning an Sollmann, 19. 3. 1943, abgedr. in: Thomas A. Knapp, Heinrich Brüning im Exil, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 115.

[5] Braun an Arnold Brecht, 28. 5. 1942, in: Sammlung Arnold Brecht, New York.

[6] Braun an Heinrich Georg Ritzel, 9. 2. 1950, in: Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AdsD) Bonn, Nachlaß (NL) Ritzel.

[7] Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, 1. Aufl. New York (–Zürich) 1940 (1939), 2. Aufl. New York 1940, 3. veränderte Aufl. Hamburg 1949; handschriftliches und maschinenschriftliches Urmanuskript in: Geheim. Staatsarchiv (künftig: GStA) Berlin, NL Braun A/67–68.

[8] Braun an Weichmann, 9. 10. 1941, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg; vgl. Peter Stahlberger, Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933–1945, Zürich 1970, S. 281 f.

[9] Die 837 Franken, die sein Verleger ihm 1941 als erstes und einziges Honorar überwies, reichten nicht einmal zur Deckung der Hypothekenzinsen für sein Haus, das seit Jahren zum Verkauf stand, ohne einen Käufer zu finden: Braun an Weichmann, 18. 7. 1941, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mann, Heinrich Brüning, Friedrich Stampfer, die German Labor Delegation versuchten, ihn zur Reise durch den unbesetzten Teil Frankreichs nach Spanien und Portugal und weiter nach Amerika zu überreden, wo er genügend Hilfe gefunden hätte, aber Braun lehnte ab: im Februar 1941 waren seine Parteifreunde Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding in Südfrankreich von Vichy-Polizisten festgenommen und der Gestapo ausgeliefert worden, und das Schicksal der „beiden Rudis" schreckte Braun ab: „Wenn schon mal ein Ende sein muß, dann besser hier und selbstgewählt als dort zum Gaudi anderer."[10] So verzweifelt war seine Lage in der Zeit, in der er den Briefwechsel mit Joseph Wirth über seine Memoiren führte.

Die Beziehungen zwischen Wirth und Braun waren nie eng, aber doch in der Regel gut gewesen; die Klagen Wirths in seinem Schreiben vom 22. Juli 1941 (Dok. Nr. 1) über die schlechte Behandlung durch Braun während seiner Zeit als Reichsinnenminister und über abfällige Bemerkungen, die Braun über ihn in seinen Memoiren gemacht hatte, führen da fehl. Bereits während seiner Amtszeit als Reichsfinanzminister (März 1920 bis Mai 1921) hatte Wirth ein ungewöhnlich gutes Verhältnis zur preußischen Regierung unterhalten; in einem später von ihm selbst gestrichenen Passus seiner Memoiren rühmte Braun, daß Wirth damals „weniger als seine Kollegen vor und nach ihm sich durch bürokratische Bedenken hemmen ließ"[11]. Mit dem ersten Reichskabinett Wirth (Mai bis Oktober 1921) hatte Braun nichts zu tun gehabt, denn von April bis November 1921 regierte in Preußen ein aus Zentrums-, DDP- und Fachministern zusammengesetztes Minderheitskabinett unter der Führung des Zentrums-Gewerkschaftlers Adam Stegerwald. Aber zwischen dem zweiten Kabinett Braun, das im November 1921 seine Arbeit im Preußischen Staatsministerium aufnahm, und dem zweiten Reichskabinett Wirth, das vom Oktober 1921 bis zum November 1922 amtierte, waren die Beziehungen so entspannt wie weder zuvor noch später zwischen den Regierungen des Reiches und Preußens, wobei fraglos die ähnliche Parteizusammensetzung der beiden Kabinette eine Rolle spielte, denn im Reich regierte ein Kabinett der Weimarer Koalition, das sich gelegentlich im Parlament auch auf die DVP stützen konnte, während das zweite Kabinett Braun die Parteien der Großen Koalition – SPD, DDP, Zentrum, DVP – umfaßte. In den Hauptfragen der Reichspolitik – Reparationen, Republikschutz, Auseinandersetzungen mit Bayern – wußte Wirth die Regierung des weitaus größten deutschen Landes annähernd bedingungslos hinter sich – darauf bezieht sich der für Wirths Stil charakteristische geschraubt-verschwommene Satz in seinem Schreiben vom 22. Juli 1941 (Dok. Nr. 1): „Sie waren gewiß immer entschuldigt. Sie waren der beste Gatte. Das wurde stets und allseitig anerkannt."

Nach seinem Rücktritt vom Reichskanzleramt entwickelte sich der empfindsame

---

[10] Braun an Weichmann, 9. 10. 1941, in: ebd.

[11] Memoiren-Manuskript, S. 174, in: GStA Berlin, NL Braun A/68.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einzelgänger Wirth[12] zunehmend zum enfant terrible der Zentrumspartei. Gewiß spielte dabei eine Rolle, daß Wirth als linker Flügelmann des Zentrums im Zuge der fortschreitenden Rechtsanlehnung seiner Partei natürlicherweise immer häufiger in Konflikte mit der Parteimehrheit geriet; er gehörte zu den wenigen führenden Zentrumspolitikern, die sich über die ganze Weimarer Zeit hin aktiv und aus voller Überzeugung für die Republik und für den Zusammenhalt der demokratischen Parteien der Weimarer Koalition einsetzten. Aber einen „Wirth-Flügel"[13] im Sinne einer organisierten oder auch nur mobilisierbaren innerparteilichen Hausmacht hat es im Zentrum nie gegeben; Wirth konnte nicht der Kristallisationskern einer linken Parteifraktion werden, daran hinderte ihn seine „Ichbezogenheit", die ein Freund und späterer Gegner Wirths aus dem „Freiburger Boppelegeist" erklärte[14]. Er besaß einen Zug ins Eigenbrödlerische, Unberechenbare, der bereits offenbar wurde, als Wirth im August 1925 aus der Reichstagsfraktion des Zentrums wegen deren Unterstützung des Bürgerblock-Kabinetts Luther ausschied, ein Jahr später freilich wieder zurückkehrte, um bald darauf die Kreise der Parteiführung durch die Gründung einer „Republikanischen Union" zu stören. Seine im Alleingang unternommene öffentliche Kampagne gegen das vierte Kabinett Marx 1927/28 führte ihn an den Rand des Parteiausschlusses[15]. Daß er im zweiten Reichskabinett Müller und im ersten Kabinett Brüning noch einmal als Reichsminister für die besetzten Gebiete (April 1929 bis März 1930) bzw. als Reichsinnenminister (März 1930 bis Oktober 1931) amtierte, verdankte er nicht so sehr seiner eigenen Fraktion als vielmehr den Forderungen der SPD und den

---

[12] Zur Charakterisierung Wirths s. u. a.: Viscount d'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Memoiren, Bd. I, S. 99 ff., II, S. 55 f., Leipzig o. D. (1929); Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958, S. 128, 377 ff.; Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Stuttgart 1966, S. 343 f.; Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt/M. 1961, S. 294 f., 324 f.; Akten der Reichskanzlei, hrsg. v. K. D. Erdmann und H. Booms, Ingrid Schulze-Bidlingmaier (Bearb.), Die Kabinette Wirth I und II, Boppard 1973, S. XXIII. Nennenswerte biographische Arbeiten über Wirth existieren nicht, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß Wirths Nachlaß sich in Privathand befindet und nicht benutzbar ist. Ersatzweise brauchbar für die Zeit bis 1928: Josef Becker, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927–1928), Darstellung und Dokumente, in: Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins 109 (1961), S. 362–436; ferner: Karl Griewank, Dr. Wirth und die Krisen der Weimarer Republik, in: Wiss. Zeitschr. der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jg. 1951/52, H. 2, S. 1–10; eine aufschlußreiche, wenn auch aus stark persönlicher Sicht abgefaßte Studie in: Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen eines Politikers und Staatsmannes 1878–1949, hrsg. v. Josef Becker, Stuttgart 1964, S. 169–188. Die Amtszeit Wirths als Reichskanzler ist fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Reparationspolitik bearb. von Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22 (= Histor. Studien 402), Lübeck 1968. Die Politik der Kabinette Wirth findet sich detailliert dokumentiert in: Schulze-Bidlingmaier, a. a. O., passim; ebd., S. XIX ff., eine umfassende Übersicht der Politik Wirths auf der Grundlage der abgedr. Dokumente.

[14] Köhler, Lebenserinnerungen, S. 171.

[15] Siehe Becker, Joseph Wirth, passim; Köhler, Lebenserinnerungen, S. 173 ff., 182 ff.

[13] So Josef Becker, Joseph Wirth, S. 391.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erwartungen der liberal-demokratischen Presse vom Schlag des „Berliner Tageblatts" und der „Vossischen Zeitung", daneben taktischen Überlegungen der Zentrumsführung, die in Wirth einen passablen Verbindungsmann zur SPD und zur preußischen Regierung sah[16].

Das Unberechenbare in Wirths Wesen verstärkte sich mit zunehmendem Alter. Es besteht kein Zweifel daran, daß Wirth sich der Entscheidung der Zentrumsfraktion zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 bis zum letzten Moment widersetzt hat und seine Stimme mit Tränen in den Augen abgab[17]; aber ebensowenig steht in Zweifel, daß er bald darauf mit fragwürdigen Mitteln den Versuch unternahm, sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren. Wenig später als Braun, im April 1933, reiste er ins Ausland, denn als prominenter Linkspolitiker, der zudem während seiner Amtszeit als Reichsinnenminister in Kampfstellung gegen die NSDAP gestanden hatte, war er persönlich gefährdet[18], und entfaltete dort eine rege, wenngleich undurchsichtige Aktivität. Mit dem Staatssekretär in der Reichskanzlei Heinrich Lammers wechselte er zahlreiche Briefe, in denen er einerseits mit der Veröffentlichung geheimer Einzelheiten über die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee drohte, wenn der Schutzhaftbefehl gegen ihn nicht aufgehoben werde[19], was tatsächlich zum Erfolg führte[20], in denen er aber auch andererseits nachzuweisen suchte, als Reichsminister und Reichskanzler den geheimen Ausbau der Reichswehr forciert und mit dem Vertrag von Rapallo den von Versailles konterkariert zu haben[21], und versicherte: „Niemals wird man mir irgendwie nachsagen können, daß ich mich aus irgendwelchen Gründen an einer Bewegung gegen Deutschland beteilige."[22] Er unternahm auf eigene Faust Vermittlungsversuche bei der österreichischen Regierung, die er dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Bernhard v. Bülow meldete, welcher ihn peinlich berührt um Zurückhaltung bat[23], und trat sogar mit der Begründung, „daß er sich auch dem neuen Deutschland gegenüber stets als Deutscher fühle", an deutsche diplomatische Vertretungen heran, um ihnen nach-

---

16 Siehe Becker, Joseph Wirth, S. 365 ff.; Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 162, 187.

17 Siehe Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 564, Anm. 65; Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 92 f.

18 Der Alemanne, Nr. 176, vom 28. 6. 1933 meldete, „dieser Tage" solle „im Verfolg des großen politischen Reinemachens in Deutschland der frühere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth in Schutzhaft genommen werden".

19 Wirth an Lammers, 12. 7. und 10. 8. 1933, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), R 43 I/3633.

20 Lammers an Reichsstatthalter Baden, 24. 8. 1933, in: Politisches Archiv d. Auswärt. Amts Bonn (künftig PA), Ref. D, Po 5 N. E. adh. 4 Nr. 1, Bd. 1a.

21 „Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag", 2. 9. 1933, in: BA, R 43 I/3633.

22 Wirth an Lammers, 1. 9. 1933, ebd.

23 Wirth an v. Bülow, 3. 7. 1933, und: Vermerk v. Bülows, 18. 9. 1933, in: PA, Ref. D, Po 5 N. E. adh. 4 Nr. 1, Bd. 1a.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtendienstliche Mitteilungen aus britischen und französischen Regierungskreisen und selbst aus deutschen Emigrantenzirkeln zu machen[24]. So hatte er sich schnell zwischen sämtliche Stühle gesetzt, denn seine Unternehmungen sprachen sich herum; in französischen Zeitungsmeldungen wurde er als „Agent Hitlers" denunziert, was nicht zutraf, denn das Geheime Staatspolizeiamt hätte anderenfalls nicht den Zeitungsausschnitt mit einem erkennbar erheiterten Kommentar der Reichskanzlei übersandt[25]. Auch Brüning wußte von Wirths Kontakten mit v. Bülow und deutschen Diplomaten und schrieb später: „Das entfremdete ihm leider die Menschen, die der Ansicht waren, ein Mann in seiner Position dürfe so etwas nicht tun und müsse dem Nazi-Regime in Deutschland vollkommen reserviert gegenüberstehen."[26] Brüning wies auch darauf hin, daß Wirths „frühe Flucht aus Deutschland sehr stark dazu bei[-trug], daß die Verwirrung in der Partei wuchs", was zusätzlich zu seiner Isolierung in der Emigration geführt habe[27] – in diesem Punkt fällt die Parallele zur Situation Otto Brauns auf.

So spielte Wirth in der deutschen politischen Emigration der dreißiger Jahre keine Rolle; er lebte teils in der Schweiz, teils in Paris, bis ihn die Kriegsereignisse dazu zwangen, einen dauerhaften Wohnsitz in Luzern aufzuschlagen, wo er hauptsächlich von der Unterstützung durch Jakob Kindt-Kiefer lebte, einem reichsdeutschen und ehemals dem Zentrum zugehörigen Schriftsteller, der eine vermögende Schweizer Fensterrahmenfabrikantin geheiratet hatte und deutschen katholischen Emigranten großzügig aushalf[28]. Auch Wirth befaßte sich, ähnlich wie Braun, mit der Niederschrift seiner Memoiren auf der Grundlage seiner geretteten Unterlagen, und aus der beiderseitigen Beschäftigung mit der politischen Vergangenheit entstand der in der Folge abgedruckte Briefwechsel zwischen Braun und Wirth[29].

Der so wiederhergestellte Kontakt zwischen Braun und Wirth überdauerte diesen Anlaß; Braun traf sich Ende November 1941 mit Wirth in Zürich[30], und ihr

---

[24] Aufzeichnung des Legationsrats Forster, Paris, 3. 11. 1933, in: PA, Ref. D, Po 5 N. E. adh. 4 Nr. 1, Bd. 4.

[25] Gestapa Berlin an Reichskanzlei, 28. 2. 1934, mit Abschrift aus „Marianne", Nr. 1335, Okt. 1933, in: BA, R 43 I/3633.

[26] Brüning an Werner Thormann, 21. 1. 1941, abgedr. in: Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche 1934–1945, hrsg. v. Claire Nix, Stuttgart 1974, S. 338.

[27] Ebenda.

[28] Mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser, einem späteren Mitarbeiter Wirths in der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Deutschland", an den Verf.; beglaubigte Tonbandabschrift im Besitz des Verf.

[29] Wirths Memoiren sind nie an die Öffentlichkeit gelangt; Hinweise darauf finden sich neben den Briefen Wirths an Braun in dem Schreiben Wirths an Staatssekretär Lammers, 1. 9. 1933, in: BA, R 43 I/3635; ferner in: Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 20, Anm. 24. Das Manuskript befindet sich im unzugänglichen Nachlaß.

[30] Siehe Anm. 196.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespräch kreiste vermutlich nicht allein um Fragen der Vergangenheit. Wirth besaß einige Verbindungen zu alliierten Missionen in der Schweiz und zum Vatikan, die er zu nutzen hoffte, um seine Vorstellungen von der Neuordnung Nachkriegs-Deutschlands in alliierten Kreisen zu lancieren, und auch Braun begann sich um die Jahreswende 1941/42 langsam aus seiner selbstgewählten Einsamkeit zu lösen; ihn schreckten die bekanntgewordenen amerikanischen „dismemberment"-Pläne einer Zerschlagung Preußens nach Kriegsende, und nach dem Mißerfolg seiner Memoiren schien ihm der Weg über die britische und die amerikanische Gesandtschaft in Bern zur Bekanntmachung seiner politischen Vorstellungen der am ehesten erfolgversprechende[31]. So fand sich im Laufe des Jahres 1942 ein lockerer Kreis von über die ganze Schweiz verstreuten deutschen Emigranten mit dem Ziel zusammen, mittels gemeinsam ausgearbeiteter Memoranden und Denkschriften Einfluß auf die alliierte Nachkriegspolitik zu gewinnen. Braun und Wirth bildeten in diesem – völlig informellen – Zirkel die Kristallisationszentren; um Wirth sammelten sich frühere Zentrumsmitglieder, so Kindt-Kiefer und der Biophysiker und frühere Reichstagsabgeordnete Friedrich Dessauer, während Braun mit deutschen Sozialdemokraten in Beziehung trat, mit dem früheren Parteivorstandsmitglied Wilhelm Dittmann, dem einstigen bayerischen Staatsanwalt und Reichstagsabgeordneten Wilhelm Hoegner und mit Heinrich Georg Ritzel, ebenfalls Reichstagsabgeordneter, nach 1933 Völkerbundsbeamter im Saargebiet und jetzt Generalsekretär der schweizerischen Europa-Union. Auf die einzelnen Stadien ihrer Zusammenarbeit soll hier nicht näher eingegangen werden[32]; es genügt der Hinweis, daß die Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und den Zentrums-Katholiken äußerst schwierig war. Das gegenseitige Mißtrauen schlug hohe Wellen, denn jeder hütete eifersüchtig seine privaten Beziehungen zu alliierten Stellen, und in den brieflichen und mündlichen Diskussionen wucherten Detailprobleme, als säße man bereits in einem parlamentarischen Verfassungsausschuß. So drohte Wirth, weil im Entwurf eines Memorandums für den deutschen Nachkriegsaufbau die Schulfrage nicht in seinem Sinn formuliert wurde: „Das kann Krach geben. Zu Weimar war es auch so", lenkte allerdings ein: „Da muß ich mich halt mit Herrn Otto Braun verständigen, ehe mit den anderen weiter zu formulieren ist."[33] In den sich dauernd, sachlich wie persönlich, verschärfenden Konflikten zwischen dem

---

[31] Braun an Arnold Brecht, 28. 5. 1942, in: Sammlung Arnold Brecht, New York.

[32] Näheres in: Schulze, Otto Braun, S. 805 ff.; eine Gesamtdarstellung der sozialistischen deutschen Emigration in der Schweiz soll demnächst als Erlanger Dissertation erscheinen: Wolfgang Jean Stock: Exil in der Schweiz, Die sozialistische und kommunistische deutsche Arbeiterbewegung im Schweizer Exil 1933–1946 (Arbeitstitel). Teilaspekte finden sich in: Hoegner, a. a. O., S. 135 ff. (mit einigen Erinnerungsfehlern, vor allem hinsichtlich der Daten); Karl Hans Bergmann, Die Bewegung „Freies Deutschland" in der Schweiz 1943–1945, München 1974 (aus der Sicht der kommunistisch gelenkten Gegenorganisation); Hans Teubner, Exilland Schweiz, Berlin (-O) 1975 (ein Beitrag aus dem Blickwinkel der SED-Historiographie).

[33] Wirth an Kindt-Kiefer, 8. 2. 1943, in: BA, Kl. Erw. 469.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„roten Kleeblatt"[34] und dem „heiligen Joseph und seinem Kindt"[35], die sich ständig neu und in der Regel an geringfügigen Anlässen entzündeten, Ausfluß eines klassischen Emigrantensyndroms, bildete schließlich nur noch die wenn nicht freundschaftliche, so doch sachliche Beziehung zwischen Braun und Wirth eine Brücke und ermöglichte den Zusammenhalt des Kreises bis zum 12. April 1945, als er, von den bisherigen politischen Beschränkungen durch die Schweizer Immigrantengesetzgebung befreit, als Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland" an die Öffentlichkeit treten konnte, an seiner Spitze zwei Präsidenten: Otto Braun und Joseph Wirth[36].

Das „Demokratische Deutschland" wurde ein größerer Erfolg, als man aufgrund seiner organisatorisch wie personell inhomogenen Ursprünge hätte annehmen sollen. Zweierlei kam dem entgegen: Einmal wirkte das Bestehen einer anderen antifaschistischen Emigrantenorganisation, der Bewegung „Freies Deutschland", bei den Mitgliedern der zahlenmäßig starken deutschen Kolonie ebenso alarmierend wie bei einem Großteil der Emigranten und Internierten, denn dieser Schweizer Ableger des Moskauer „Nationalkomitees Freies Deutschland" befand sich offensichtlich in den Fahrwassern der sowjetischen Deutschlandpolitik[37]; eine gemäßigte Alternative auf der Grundlage aller nichtkommunistischen antifaschistischen Kräfte in der Schweiz konnte daher allein aus diesem Grund auf Zulauf rechnen. Zum anderen besaß das „Demokratische Deutschland" in der Person Heinrich Georg Ritzels einen hochbegabten Organisator, der in kürzester Zeit zahlreiche Hilfsprogramme, vom Lebensmittelpäckchen-Versand nach Deutschland bis zu Einreisevisa für Emigranten in die westlichen Besatzungszonen, ankurbelte, und zwar mit Unterstützung der Schweizer Behörden und des Schweizer Arbeiterhilfswerks, wie sie der kommunistisch gelenkten Konkurrenz nicht oder in geringerem Maße zuteil wurde.

Die Organisationsstruktur des „Demokratischen Deutschland" verriet die politische Herkunft seiner Väter; der liberale Emigrant Wolfgang Glaesser, der um sich einen Kreis aus früheren DDP-Mitgliedern gesammelt hatte und bei Braun erschien, um eine Zusammenarbeit zu vereinbaren, fand diesen „sehr erfreut" und bekam zu hören: „Die Liberalen haben doch immer das Geld. Wir sollten doch die alte Weimarer Koalition wieder aufmachen."[38] So geschah es; korporativ schlossen sich dem „DD" – so die gängige Abkürzung – an: eine sozialdemokratische „Union deutscher Sozialisten und Gewerkschaftler in der Schweiz" – Vorsitzender: Braun –, eine „Gruppe Christlicher Demokraten" unter Wirth, eine

---

[34] Ebenda.

[35] Ritzel an Braun, 27. 8. 1943, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/233.

[36] „Demokratisches Deutschland" an die Schweizerische Bundesanwaltschaft, 12. 4. 1945, Durchschrift in: Ebd., NL Braun A/15a.

[37] Siehe Bergmann, Freies Deutschland, passim, hauptsächlich S. 149 ff.

[38] Mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser, s. Anm. 28.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Liberaldemokratische Vereinigung" unter Glaesser, denen sich zeitweise noch eine „Evangelische Arbeitsgemeinschaft" zugesellte[39].

So erfolgreich die praktische Arbeit des „DD" war, so unerfreulich gestaltete sich die Zusammenarbeit im Hauptvorstand: „Bald stellte sich heraus, daß die einzelnen Gruppen untereinander verkracht waren", fand Glaesser. „All ihren Krach aus der Weimarer Republik brachten sie mit. Im Grunde genommen war mit ihnen überhaupt nichts anzufangen. [. . .] Bei Braun hatte ich das Gefühl, daß er nie daran gedacht hat, noch einmal etwas zu werden. Er war körperlich und geistig noch sehr rege, aufrecht und stark wie eine alte Eiche. Aber er war nicht, wie Wirth, von den Furien des Ehrgeizes getrieben.[. . .]"[40] Wirth, der im engen Kreis gern die Möglichkeit erörterte, mit Hilfe einer „radikal-sozialen Bewegung", zu der sich Zentrum und SPD zusammenschließen sollten, Reichskanzler zu werden[41], sah im „Demokratischen Deutschland" anscheinend hauptsächlich ein Vehikel für seinen Ehrgeiz; als Nahziel hatte er die badische Staatspräsidentschaft ins Auge gefaßt, die er mit Hilfe seiner Kontakte zur französischen Gesandtschaft in Bern zu erreichen hoffte[42]. Auch Braun hatte eine Zeitlang erneut die Hoffnung gehegt, als preußischer Ministerpräsident, der er rechtlich-theoretisch nach wie vor war, denn seine Amtsenthebung am 20. Juli 1932 war vom Staatsgerichtshof für ungültig erklärt worden, und seine erneute Absetzung durch Hitler am 6. Februar 1933 stand im offenen Gegensatz zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, nach Deutschland zurückzukehren[43], aber mit Kriegsende hatte er resigniert: „[. . .] Es hat zu lange gedauert und ist anders gekommen, als wir es uns gedacht haben und für den Wiederaufbau so sorgfältig vorbereitet hatten", schrieb er an Ritzel. „Jetzt ist die Entspannung gekommen und hat mich physisch und seelisch müde gemacht. Preußen ist russisch, was bleibt da für den preuß. Ministerpräsidenten?"[44]

Ihm blieb das Präsidium des „DD" neben Wirth, aber es wurde ihm zunehmend zur Last. Folgt man den Briefwechseln aus seinem, Ritzels und Hoegners Nachlaß – die Briefwechsel Wirths in dessen gesperrtem Nachlaß könnten das Bild möglicherweise ändern –, so verhielt sich Wirth launisch und unberechenbar, wozu sein hoher Rotweinkonsum das seine beigetragen haben soll[45]. „Wirth und

---

[39] Rundschreiben Nr. 2 der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Deutschland", 12. 7. 1945, in: GStA Berlin, NL Braun A/15a.

[40] Siehe Anm. 28.

[41] Wirth an Braun, 24. 5. 1944, in: GStA Berlin, NL Braun A/14; Braun an Hoegner, 6. 6. 1944, Durchschrift in: ebd., NL Braun A/10; mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser an den Verf., s. Anm. 28.

[42] Braun an Ritzel, 2. 9. 1945, in: AdsD Bonn, NL Ritzel; mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser an den Verf., s. Anm. 28.

[43] Braun an Kurt Cerf, 26. 9. 1944, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/41; Wilhelm Hoegner an Hans Vogel, 3. 11. 1944, in: AdsD Bonn, Emigration-Sopade/55.

[44] Braun an Ritzel, 6. 6. 1944, in: AdsD Bonn, NL Ritzel.

[45] Mündliche Mitteilung von Wilhelm Hoegner an den Verf., beglaubigte Tonbandabschrift im

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Braun haben sich gegenseitig toleriert, aber nicht mehr", erinnert sich Wilhelm Hoegner[46], aber Hoegner erlebte auch nur die Anfangsphase des „Demokratischen Deutschland", da er als einziger der Runde Mitte 1945 mit amerikanischer Hilfe nach Deutschland zurückkehrte, um ab September das bayerische Ministerpräsidium zu übernehmen[47]. Kaum war Hoegner nicht mehr Mitglied des Hauptvorstands, als Ritzel einen Brandbrief nach Ascona schrieb: „Es entsteht ein Vakuum, das sich schwer ausfüllen läßt. Ich spüre bereits, daß Wirth die absolute Führung an sich reißen möchte. [. . .]"[48]

Brauns Gesundheit war um diese Zeit auf einem Tiefpunkt angelangt, rheumatische und neuralgische Beschwerden machten ihm erheblich zu schaffen[49], und daher verstrichen einige Monate ohne seine Anwesenheit in Zürich, in denen Wirth seine Hausmacht ausbaute. Schließlich, am 8. August 1945, erschien Braun im Hauptausschuß des „DD" und legte ihm den Antrag vor, „Schritte bei den Vereinten Nationen zu unternehmen, um eine Nachprüfung der von der Potsdamer Konferenz vorbereiteten Gebietsabtretungen zu erbitten"[50]. Daraufhin Wirths Widerspruch: Gegen die Alliierten anzugehen, bedeute zur Zeit, sich selbst auszuschalten – ein vernünftiges Argument, das den meisten Mitgliedern des Hauptausschusses einleuchtete. So scheiterte Brauns Antrag, doch kam es zu einem Kompromiß: Das „DD" sollte den westalliierten Gesandten in Bern eine Entschließung unterbreiten, in der das Potsdamer Abkommen zwar unterstützt, die darin vorgesehenen territorialen Regelungen und Zwangsevakuierungen jedoch kritisiert wurden. Von Schritten bei der UNO war nicht mehr die Rede[51]. Es vergingen Wochen, ohne daß Braun den Text der Entschließung zur Unterschrift erhielt. Schließlich erfuhr er von der Geschäftsstelle des „Demokratischen Deutschland" in Zürich, Wirth habe sich geweigert, seine Unterschrift zu geben: der französische Gesandte habe ihm von der geplanten Aktion „abgeraten"[52]. Damit war die Initiative gescheitert. Braun, der in dem Protest gegen die Potsdamer Beschlüsse seine wichtigste Aufgabe als Präsident des „DD" gesehen hatte, war tief enttäuscht. Der Kritik seiner sozialdemokratischen Freunde an Wirth stimmte er nun völlig zu: „Ich habe diesen jesuitischen Stänker mit der Biedermannsmiene des trinkfreudigen badischen Demokraten nicht anders eingeschätzt, ihn immer mit etwas Mißtrauen genossen, was offenbar auf Gegenseitigkeit beruhte", schrieb er an Ritzel. „Er ist trotz seiner vielseitigen politischen Tätigkeit der alte Schulmeister geblieben, der

---

Besitz des Verf.; bestätigt durch schriftliche Mitteilung von Gerhard Ritzel, Sohn Heinrich Georg Ritzels, an den Verf.

[46] Siehe Anm. 45.

[47] Siehe Hoegner, a. a. O., S. 184 ff.

[48] Ritzel an Braun, 5. 6. 1945, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/233.

[49] Braun an Weichmann, 20. 6. 1945, in: Sammlung Herbert Weichmann, Hamburg.

[50] Resolutionsentwurf in: GStA Berlin, NL Braun A/15a.

[51] Aufzeichnung Brauns, 1. 10. 1945, betr. die Gründe seines Rücktritts von seinen Ämtern im „DD", in: ebd., NL Braun D/37.

[52] Aktennotiz Ritzels, 31. 8. 1945, in: ebd., NL Braun A/13.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor seiner Klasse immer recht haben muß. [. . .] Ich habe die große Abneigung Stresemanns und auch Brünings gegen W. immer auf politische Gegensätze zurückgeführt. Nach dem, was ich jetzt mit dem Mann erlebe, scheint mir sein Geltungsbedürfnis, seine Rechthaberei und Neigung zu Quertreibereien mehr mitgespielt zu haben."[53]

Das Zerwürfnis mit Wirth war nicht rückgängig zu machen, es äußerte sich in der Folgezeit in bitteren Briefwechseln, in denen schließlich Braun Wirth „devote Kriecherei" vor den französischen Wünschen und die Zerstörung des „Demokratischen Deutschland" durch „Quertreibereien und Eigenmächtigkeiten" vorwarf[54], worauf Wirth in seinem wunderlichen Stil erwiderte: „Sie bereiten uns die größte Enttäuschung des politischen Lebens. Statt die vielgerühmte Weisheit des Alters beizubehalten, brausen Sie in explosiver Leidenschaft auf und ergießen Ihren giftigen Groll über uns. Früher waren Galle und Verstand noch gemischt. Jetzt wollen Sie mit mir nach Willkür verfahren. Sie sehen alles – bei Ihrer Parteilampe. Es sei, wie Sie wollen. [. . .] Sie, Herr Präsident, schauen uns an mit dem Blick eines Schlächters, der das Kälblein am Seil führt. Wir danken für die Rolle!"[55] Zu kitten war da nichts mehr; nachdem Braun bereits am 21. September 1945 den Vorsitz des „Demokratischen Deutschland" niedergelegt hatte, trat die „Union deutscher Sozialisten" am 3. April 1946 aus dem „DD" geschlossen aus und gründete zugleich eine „Gemeinschaft deutscher Demokraten in der Schweiz", an der sich Braun jedoch nicht mehr beteiligte. Das Ende der mit großen Hoffnungen begonnenen Zusammenarbeit war deprimierend, niederziehend und lächerlich: Jeder prozessierte gegen jeden, Braun gegen Wirth, weil der sich weigerte, ihm ein einst ausgeliehenes Buch zurückzuschicken[56], Ritzel gegen Wirth wegen Beleidigung, Wirth gegen Ritzel aus demselben Grund[57], und schließlich Glaesser gegen Wirth, weil dieser sich nach einer Abstimmung im Hauptvorstand des „Demokratischen Deutschland", bei der er unterlegen war, von Glaesser mit einem Faustschlag ins Gesicht verabschiedet hatte[58].

Von nun an hielt sich Braun vollständig von der politischen Bühne fern; von einigen Besuchen in Deutschland abgesehen, blieb er im Exil und starb am 15. Dezember 1955 in Locarno. Wirth dagegen sah seine politische Karriere noch nicht als beendet an. Schon im Sommer 1945 hatte er, zu dem Zeitpunkt mit Unterstützung französischer Militärbehörden, in Freiburg die Zentrumspartei neuzugründen versucht, allerdings in Form einer extrem föderalistischen „Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei", die in der Tat das ganze Wohlwollen der Besatzungsmacht besaß und Wirth zum Sprungbrett zu höheren Ämtern hätte dienen kön-

---

[53] Braun an Ritzel, 2. 9. 1945, in: AdsD Bonn, NL Ritzel.
[54] Braun an Wirth, 24. 4. 1946, in: GStA Berlin, NL Braun A/15a.
[55] Wirth an Braun, 2. 5. 1946, in: ebd., NL Braun A/14.
[56] Braun an Ritzel, 2. 11. 1946, in: ebd., NL Braun C/I/233.
[57] Ritzel an Braun, 1. 8. 1946, in: ebd., NL Braun A/15a.
[58] Siehe Anm. 28; Braun an Ritzel, 31. 7. 1947, in: GStA Berlin, NL Braun C/I/233.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen[59]. Aber er scheiterte an einer Intrige: Aus Kreisen des „Demokratischen Deutschland" war der französischen Gesandtschaft in Bern die Behauptung zugespielt worden, Wirth habe sich über die „französische Schandpolitik im besetzten Deutschland" geäußert, und als Wirth Anfang 1946 wieder um ein Einreisevisum in die französische Zone nachsuchte, wurde es ihm brüsk verweigert[60]. Möglicherweise trug dieser böse Streich dazu bei, daß Wirth sich hartnäckig und erbittert immer weiter in die politische Isolation begab. Im Oktober 1948 gründete er in Stuttgart eine kurzlebige „Union der Mitte", im Juni 1952 in Dortmund eine „Deutsche Sammlung", die im Mai 1953 in dem von Wirth und dem ehemaligen Oberbürgermeister von Mönchengladbach, Wilhelm Elfes, gegründeten „Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit" (BdD) aufging. Der „BdD" vertrat eine prononciert neutralistische Politik und nahm energisch gegen die Integrationspolitik der Bundesregierung und die antisowjetische Haltung Adenauers Stellung, trat für offizielle Kontakte zwischen den Regierungen in Bonn und Ost-Berlin ein und bekämpfte die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland[61]. Bis zu seinem Aufgehen in der „Deutschen Friedens-Union" (DFU) 1961 konnte sich der „Bund der Deutschen" nicht von dem Vorwurf entlasten, aus Ost-Berlin finanziert zu werden und von der KPD/SED abhängig zu sein; tatsächlich bildete er nach dem KPD-Verbot 1956 eine Auffangorganisation für kommunistische Parteifunktionäre[62]. Wirths Verhalten in seinen letzten Lebensjahren schien den Vorwurf zu stützen, er sei vollständig in das Fahrwasser der sowjetischen Deutschlandpolitik eingeschwenkt; er reiste mehrfach nach Ost-Berlin, verhandelte mit dem sowjetischen Hochkommissar, mit dem DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und dessen Stellvertreter Otto Nuschke, sprach auf Tagungen des „Weltfriedensrats", nahm an Sitzungen der Volkskammer der DDR teil und erhielt 1955 den Stalin-Preis. Er selbst sah darin aber nichts anderes als die Rückkehr zu der Außenpolitik, die er 1921/22 als Reichskanzler betrieben hatte, und als deren Höhepunkt er jetzt, im Rückblick, den Rapallo-Vertrag betrachtete, dessen Grundlagen es zu erneuern gelte[63]. Die Enttäuschung der Bundestagswahl 1957, bei der der „Bund der Deutschen" ganze 0,2 Prozent der Zweitstimmen erhielt, erlebte

---

[59] Siehe Hans-Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 133; Gerhard Schulz, Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus, in: Parteien in der Bundesrepublik (= Schriften des Instituts für Polit. Wiss. 6), Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 29, 63 f.

[60] Mündliche Mitteilung von Wolfgang Glaesser, s. Anm. 28.

[61] Siehe Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung des Bundesparteitages der BdD 1961, abgedr. in: Ossip Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 5, Berlin 1966, S. 1 ff.

[62] Gerhard Bednarski, „Volksfront" in Deutschland – Zweimal gescheitert an Walter Ulbricht, in: Neutralität (Zürich), 1. Jg. 1963, Nr. 2, S. 5 ff., auszugsweise abgedr. in: Flechtheim, Dokumente, Bd. 5, S. 22 ff.

[63] Joseph Wirth, Die Reise hinter den Eisernen Vorhang, Der gemeinsame Weg der Deutschen

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirth nicht mehr; er starb am 3. Januar 1956 in seiner Heimatstadt Freiburg, kaum drei Wochen später als Otto Braun.

II

Es war charakteristisch für Wirths subjektive, in weitem Maße auf zwischenmenschliche Beziehungen als Maßstab für politisches Handeln angelegte Art[64], daß seine Kritik an Brauns Memoiren in erster Linie an dessen Personenbeurteilungen ansetzte. Daß er allerdings gleich zu Beginn seines Schreibens vom 22. Juli 1941 (Dok. Nr. 1) seinen verstorbenen Parteifreund Carl Herold[65] verteidigte, ist überraschend, denn Herold galt allgemein als Vertreter des rechten Zentrumsflügels[66] und war als agrarischer Interessenvertreter, westfälischer Honoratiore und nach seinem Alter das ganze Gegenteil des Volksmannes Wirth. Allerdings war Brauns Kritik an Herold stark persönlich gefärbt; auf den Einfluß Herolds führte er das Scheitern zahlreicher Reformvorhaben aus seiner Amtszeit als preußischer Landwirtschaftsminister zurück, wobei es ihn besonders erbittert hatte, daß Projekte, die ihn in erster Linie interessierten, wie eine effektive staatliche Domänenverwaltung und eine durchgreifende Siedlungspolitik, nicht von der deutschnationalen Opposition, sondern vom Regierungspartner Zentrum konterkariert und verhindert worden waren[67].

Daß Wirth gegen die Darstellung Rathenaus durch Braun protestierte, scheint sachlich kaum gerechtfertigt. Gewiß unterliegt der Satz, Rathenau habe „bewußt eine Zone geistigen Parfüms" um sich gelegt[68], der Beurteilung, aber zuvor hatte Braun notiert, Rathenau sei ein Mann „von hoher geistiger Kultur, der gleichwohl Blick für die materiellen Gegebenheiten des Lebens hatte", gewesen[69] – für den nüchternen Tatsachenmenschen Braun, dem das intellektuelle Flair Rathenaus völlig fremd war, ein Lob von hohen Graden. Wirths tiefe Zuneigung zu Rathenau, die von vielen Beobachtern gesehen worden ist[70], wird gerade durch die

---

zur Einheit oder zum Krieg, Freiburg 1952; zu Joseph Wirth und dem Bund der Deutschen s.: Peter Molt, Die neutralistische Opposition, phil. Diss. Heidelberg 1955, S. 113 ff.; Rainer Dohse, Der dritte Weg, Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 136 ff.

[64] Diesen Zug hat Arnold Brecht als kommissarischer Chef der Reichskanzlei am Reichskanzler Wirth 1921 sehr deutlich beobachtet: Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 343 ff.

[65] Siehe Anm. 91.

[66] Siehe Morsey, Zentrumspartei 1917–1923, S. 424.

[67] Braun, Von Weimar, S. 56 ff.; charakteristisch für die persönlich gefärbte Abneigung Brauns gegen Herold: ebd., S. 110 f.

[68] Braun, Von Weimar, S. 118.

[69] Ebenda.

[70] Siehe Köhler, Lebenserinnerungen, S. 180; Brecht, Aus nächster Nähe, S. 346 ff.; Gessler, Reichswehrpolitik, S. 378.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übertriebene Vehemenz, mit der er ihn gegen Brauns spöttische Nebenbemerkung verteidigte, bestätigt.

Weiterhin richtete sich Wirths Kritik auch gegen Brauns Politik und die der deutschen Sozialdemokratie. Der Vorwurf an Brauns Adresse – „wenn Sie fort waren, tanzten im preußischen Staatsministerium die Mäuse" (Dok. Nr. 1) – ist vor allem deshalb von Interesse, weil auch Brüning verschiedentlich diese Behauptung aufgestellt hat[71]. Braun hatte diesen Vorwurf in seinem Antwortschreiben vom 25. August 1941 (Dok. Nr. 2) energisch zurückgewiesen, nicht anders als sein ehemaliger persönlicher Referent Herbert Weichmann dreiunddreißig Jahre später[72], und er war auch bislang nicht beweisbar; außerdem spricht dagegen, daß Brauns Verwaltungs- und Regierungsstil als außerordentlich straff, wenn nicht autoritär, galt.

Ein weiterer Vorwurf gegen Braun schien Wirth auch sehr viel gewichtiger: die preußische Regierung habe 1921/22 den Abschluß eines Reichskonkordats verhindert. Brauns Begründung für seine damalige Gegnerschaft zum geplanten Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl – in einem solchen Konkordat wäre vermutlich die Schulfrage nach den Wünschen der Kurie geregelt worden, und die Länder hätten dergleichen Regelungen durchführen müssen – wollte Wirth nicht gelten lassen: er wäre den Wünschen des päpstlichen Nuntius nicht so weit entgegengekommen, wie Braun befürchtete (Dok. Nr. 1–3). Aus dem Briefwechsel wird nicht recht ersichtlich, weshalb Wirth überhaupt einen so großen Wert auf das Reichskonkordat legte und Brauns „Dazwischenfunken" (Dok. Nr. 3) so übelnahm. Der hier erweckte Eindruck, es habe sich im wesentlichen um ein parteispezifisches Problem gehandelt – auf der einen Seite der Zentrums-Reichskanzler mit dem Interesse, die katholische Bekenntnisschule auf dem Umweg über ein Reichskonkordat wieder einzuführen, nachdem im „Weimarer Schulkompromiß" die Reichsverfassung die Gemeinschafts- als Regelschule bezeichnet hatte, auf der anderen Seite der sozialdemokratische Ministerpräsident, der der laizistischen Tradition seiner Partei verpflichtet war –, dieser Eindruck täuscht. Gewiß hatten diese Gesichtspunkte 1921/22 bei dem Streit zwischen dem Reich und Preußen um das Reichskonkordat eine unübersehbare Rolle gespielt, dafür hatten schon die publizistischen Organe von SPD und DDP auf der einen, die des Zentrums auf der anderen Seite gesorgt. Daß aber andere Gesichtspunkte im Vordergrund standen, ergibt sich bereits daraus, daß sowohl Reichsinnenminister Georg Gradnauer als auch sein Amtsnachfolger Adolf Köster, beides Sozialdemokraten, den Abschluß eines Reichskonkordats energisch forderten[73], während der dem Zentrum angehörige Preußische Ministerpräsident Adam Stegerwald seine Zustimmung zu einem Reichskonkordat an ge-

---

[71] Brüning an Sollmann, 29. 9. 1941, abgedr. in: Knapp, Brüning, S. 108 f.; Brüning, Memoiren, S. 67, 582.

[72] Siehe: Kritische Bemerkungen Herbert Weichmanns zu den Briefen Brünings an Sollmann, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 458 ff.

[73] Reichsminister des Innern an den Reichskanzler, 5. 10. 1921, in: BA, R 43 I/2202; Köster

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nau dieselben Kautelen band wie sein Vorgänger und Nachfolger Otto Braun: daß nämlich Preußen einem solchen Vertrag nur dann zustimmen werde, wenn es lediglich Rahmenvereinbarungen enthielte, die die Länder nicht präjudizierten[74] – an diesem Vorbehalt sollten die Verhandlungen des Reichs mit der Kurie scheitern, denn die Einbeziehung der Schulfrage in ein Reichskonkordat gehörte zu den zentralen Forderungen des päpstlichen Nuntius.

In der Tat war Wirths Interesse an einem Reichskonkordat in erster Linie außenpolitisch begründet gewesen: Ihm war es darum gegangen, durch Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl die Änderung der Bistumsgrenzen im Saargebiet, Rheinland und in Oberschlesien, die von polnischer und französischer Seite gefordert worden war, zu verhindern und damit den Vatikan indirekt zum Verbündeten des Reichs bei der angestrebten Revision der Grenzziehungen des Versailler Vertrags zu machen[75]. Braun dagegen sah die Angelegenheit aus dem Blickwinkel der verfassungsmäßigen Länderrechte: er protestierte, denn Schulfragen gehörten grundsätzlich in den Entscheidungsbereich der Länder, und Braun war in den Anfangsjahren seiner Regierungszeit mit besonderer Anstrengung bemüht, die durch die Weimarer Reichsverfassung stark beschnittenen Länderrechte jedenfalls für Preußen zu konsolidieren und möglichst auszuweiten. Hinter dem Streit um das Reichskonkordat stand also in erster Linie jener Dualismus Reich–Preußen, der sich in der Folgezeit als eins der schwierigsten Strukturprobleme der Weimarer Verfassungsordnung erweisen sollte[76].

Wirths Neigung, Sachprobleme zu personalisieren, kommt auch in seinem Hauptvorwurf gegen Braun zum Ausdruck: „Wie konnte der preußische Ministerpräsident Otto Braun, ein sonst so klug und kühl abwägender Mann, es auf den Bruch mit Hindenburg ankommen lassen?" (Dok. Nr. 1) Man muß dazu wissen, daß gegen jede Erwartung bald nach Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten im Jahr 1925 zwischen dem Preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichspräsidenten eine Beziehung entstanden war, die erkennbar über die amtlichen Notwendigkeiten hinausging. Ausgehend von ihrer gemeinsamen Jagdleidenschaft, entwickelte sich zwischen Braun und Hindenburg eine sonderbare, durchaus persönlich gefärbte Verbindung, die sich unter anderem darin äußerte, daß der Reichs-

---

in: Chefbesprechung in der Reichskanzlei, 11. 11. 1921, abgedr. in: Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Die Kabinette Wirth I und II, Dok. Nr. 139, S. 390.

[74] Preußischer Ministerpräsident und Kultusminister an Reichskanzler, 15. 6. 1921, in: BA, R 43 I/2202.

[75] Wirth sowie der Vatikan-Referent im AA, Prof. Richard v. Delbrück, in: Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Die Kabinette Wirth, Dok. Nr. 139, S. 387 ff.; ähnlich Wirth und Delbrück in: Chefbesprechung vom 10. 11. 1921, in: ebd., Dok. Nr. 134, S. 373 ff.; vgl. Braun, Von Weimar, S. 275.

[76] Zur Konkordatsfrage 1921/22 siehe Ernst Deuerlein, Das Reichskonkordat, Düsseldorf 1956, S. 1–40; Dieter Golombeck, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970, S. 7–20; Ludwig Volk, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, Mainz 1972, S. 1–31.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

präsident öfters den politischen Rat Brauns einholte und sogar seine Freunde, etwa den General v. Cramon oder Admiral v. Schröder, ins Preußische Staatsministerium sandte, um ihnen durch den Ministerpräsidenten maßvolle republikanische Lagebeurteilungen nahelegen zu lassen[77]. Das Vertrauensverhältnis zwischen dem preußischen Junker Hindenburg und dem Königsberger Buchdrucker Braun war so auffallend, daß eine Zeitlang in der Wilhelmstraße das Wort kursierte: „Wer von Hindenburg etwas will, geht am besten vorher zu Otto Braun."[78] Es liegt auf der Hand, daß dieser Kontakt für die Stabilität der demokratischen Verhältnisse im Weimarer Staat und für die Beziehungen zwischen dem Reich und Preußen von erheblichem Wert war, und so erklärt sich Wirths Vorwurf an Brauns Adresse, den Bruch mit dem Reichspräsidenten in Kauf genommen zu haben, als das preußische Innenministerium am 8. Oktober 1929 die rheinisch-westfälischen Landesverbände des „Stahlhelm" wegen illegaler militärischer Übungen verboten hatte. Braun hatte damals allen Versuchen des Reichspräsidenten, der sich als Ehrenmitglied des „Stahlhelm" diesem Verband verpflichtet fühlte, widerstanden, ihn direkt oder auf dem Umweg über die Reichsregierung zu einer Aufhebung des Verbots zu bewegen; in Fragen des Republikschutzes konnte Braun stur bis zur Unbeweglichkeit sein. Daß die schlagartige Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Staatsministerium und dem Reichspräsidentenpalais um das Jahr 1930 auf das preußische „Stahlhelm"-Verbot zurückging, konnte bislang nur vermutet werden; Wirths Ausführungen bestätigen die Annahme[79]. Daß allerdings, wie Wirth behauptet, die Freundschaft zwischen Braun und Hindenburg angedauert haben würde, wenn das preußische „Stahlhelm"-Verbot zurückgenommen worden wäre, ist ebenso unwahrscheinlich wie seine Schlußfolgerung, der Papen-Putsch, die Absetzung der preußischen Minister durch die Reichsregierung am 20. Juli 1932, wäre so zu vermeiden gewesen; auf solche Weise entstehen Legenden. Brauns Erwiderung, der tiefere Grund für seine Entfremdung von Hindenburg habe in dem zunehmenden reaktionären Einfluß auf „den alten Herrn" gelegen (Dok. Nr. 2), kommt den entscheidenden Ursachen sehr viel näher.

Auf der anderen Seite sah Wirth aber ganz klar, daß die Politik des Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun durchaus nicht immer mit der der deutschen Sozialdemokratie identisch war. Das zentrale Thema seiner Briefe an Braun, das offenbar auch das seiner Memoiren war, lautete, die SPD habe sich in der Weimarer Zeit „geradezu krankhaft [. . .] in die Büsche und auf die Seite geschlagen" (Dok. Nr. 1). Noch deutlicher in dem Schreiben vom 19. September 1941 (Dok.

---

[77] Zu den Beziehungen Hindenburg-Braun siehe Schulze, Otto Braun, S. 488 ff.; dort auch weiterführende Literatur.

[78] [Anonym], Gestalten rings um Hindenburg, Führende Köpfe der Republik und der Berliner Gesellschaft von heute, 2. verb. Aufl. 1929, S. 59 f.

[79] Zum preußischen Verbot des rheinisch-westfälischen „Stahlhelm", dessen Hintergründen und Folgen siehe Volker Berghahn, Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966, S. 122 ff., S. 220 ff.; Schulze: Otto Braun, S. 615 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nr. 5): Entscheidend für die Beurteilung der demokratischen Kräfte der Weimarer Republik sei, „ob wir in der historischen Stunde unsere Pflicht erfüllt haben"; Braun habe dies getan, seine Partei dagegen nicht. Die SPD, so Wirths Diagnose, sei an ihrer einseitigen politischen Theorie gescheitert, die lediglich der Gesellschaftskritik Platz einräumte, ohne die Staatsmacht als Voraussetzung für die Veränderung der Gesellschaft erkannt zu haben: „Hermann Müller hat mehrmals die Macht im Reiche weggeworfen oder auf die Seite geschoben, als ob es [!] nichts bedeuten würde."

Aber auch diese Überlegung leitete Wirth von seiner persönlichen Erfahrung ab: vom Verhalten der SPD bei seinem Sturz als Reichskanzler im November 1922. In diesem Zusammenhang gewinnt der Briefwechsel besonderes Interesse für den Historiker, weil Braun – „von meiner sonst geübten Diskretion abweichend" – in seinem Schreiben vom 25. August 1941 (Dok. Nr. 2) auf einige Hintergründe der Kanzlerkrise im Herbst 1922 einging, die bislang der Forschung verschlossen gewesen sind.

Die Entwicklung, die zum Sturz Wirths führte, stellt sich in kurzen Worten so dar: Seit dem Beginn des ersten Kabinetts Wirth hatte es Bestrebungen aus den verschiedensten Lagern gegeben, die parlamentarische Basis der Minderheitsregierung, die auf den drei Parteien der „Weimarer Koalition", SPD, DDP und Zentrum, beruhte, zu verbreitern. Lange Zeit führten diese Bestrebungen zu keinem Ergebnis, denn die beiden Alternativmöglichkeiten, die Einbeziehung der USPD oder der DVP, stießen jeweils auf den Widerstand zumindest einer der Regierungsparteien. Erst die Annäherung von SPD und USPD im Sommer 1922 schien das Problem zu lösen, und seit Ende September, nach dem Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien auf dem Nürnberger Vereinigungsparteitag, verfügte Wirth über eine ansehnliche parlamentarische Mehrheit von 289 der insgesamt 459 Reichstagssitze. Es handelte sich jedoch, wie sich schnell herausstellte, um eine lediglich quantitative Stabilisierung der Kabinettsbasis; am 24. Oktober 1922, als im Reichstag über eine Regierungsvorlage über den Getreideumlagepreis abgestimmt wurde, fiel die Koalition auseinander – die Vereinigte SPD stimmte gegen, die bürgerlichen Parteien votierten für die Vorlage[89]. Bei DDP und Zentrum fühlte man sich durch dieses Abstimmungsergebnis im Mißtrauen gegen die nach links gerückte SPD bestätigt – bereits im Sommer hatten sich die beiden Fraktionen als Antwort auf die Annäherung zwischen SPD und USPD mit der DVP-Fraktion zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" zusammengeschlossen, und so erschien die erneut vorgebrachte Forderung der bürgerlichen Regierungsparteien nach einer Aufnahme der Volkspartei in die Koalition nur folgerichtig: ein Gegengewicht zum linken Fraktionsflügel der VSPD, damit das alte Gleichgewicht durch eine gleichmäßige Verbreiterung nach rechts wie links aufrechterhalten blieb.

---

[89] Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 357, S. 8933 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch Wirth, der bis Ende Oktober einer Aufnahme der DVP in sein Kabinett ablehnend gegenübergestanden hatte, übernahm jetzt, von Reichspräsident Ebert darin gestützt, die Forderung nach der Großen Koalition im Reich, wie sie in Preußen seit Jahr und Tag existierte. Eine erhebliche Rolle für diesen Sinneswandel Wirths spielten neben der Ermutigung durch den Reichspräsidenten Meldungen deutscher Diplomaten aus Paris, London und Washington, nach denen im Ausland die Regierungsbeteiligung der Partei der Großindustrie, der DVP, als sichtbares Zeichen dafür gewertet werden würde, daß sich die deutsche Industrie für die Reparationen mitverantwortlich fühle. Gespräche zwischen den vier Parteien der Großen Koalition gerieten weit, die parlamentarische Zustimmung dieser Parteien zu einer Note der Reichsregierung an die Entente vom 13. November 1922, in der die Bitte um ein erneutes Moratorium der Reparationszahlungen mit Vorschlägen für eine Stabilisierung der deutschen Währung verbunden war, galt in der Öffentlichkeit und auch in Wirths Augen als Bestätigung für das Zustandekommen eines dritten Kabinetts Wirth auf breitester Basis – da erklärte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit der „Stinnespartei" wegen deren sozialpolitischen Forderungen nicht zusammenarbeiten zu können. Damit war die Bildung einer Großen Koalition gescheitert; am 14. November 1922 trat Wirth von seinem Amt als Reichskanzler zurück[81].

Soweit in großen Zügen die gängige Darstellung. Aus dem Briefwechsel zwischen Braun und Wirth ergeben sich nun allerdings einige Gesichtspunkte, die dieses Bild ergänzen und teilweise verändern. Interessant ist vor allem Brauns Bericht über jenes interparlamentarische Frühstück im Spätsommer oder Herbst 1922, zu dem der etwas schillernde DVP-Abgeordnete Hans v. Raumer seinen Parteivorsitzenden Stresemann – zu dessen schärfsten innerfraktionellen Gegnern er später zählte –, die SPD-Parteivorsitzenden Hermann Müller und Otto Wels sowie Braun eingeladen hatte, um eine Große Koalition gegen den Sturz Wirths auszuhandeln (Dok. Nr. 2). Folgt man Brauns Darstellung, so waren Müller und Wels zu diesem Geschäft bereit, Braun dagegen nicht. Daß das „strategische Frühstück" tatsächlich stattgefunden hat, bestätigt Wirth – ihm hätten allerdings Müller und Wels das Gegenteil über ihre dabei eingenommene Haltung mitgeteilt (Dok. Nr. 3). Es ist kaum anzunehmen, daß Braun einem Außenstehenden wie Wirth eine unzutreffende Mitteilung über seine führenden Parteifreunde gemacht hat, um so weniger, als Wels und Müller dadurch in ein höchst zweifelhaftes Licht gesetzt wurden; bewußte Falschinformationen waren nicht Brauns Art, und im übrigen hatte er durch die Belastung seiner eigenen Partei nichts zu gewinnen. Dies vorausgesetzt, schält sich das Bild einer von den scheinbaren Gegnern SPD und

[81] Siehe u. a. Laubach, Politik der Kabinette Wirth, S. 293 ff., 306 ff.; Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth I und II, S. XXII f., Dok. Nr. 391 ff., S. 1156 ff.; aus der Zentrumsperspektive: Morsey, Zentrumspartei 1917–1923, S. 484 ff.; aus dem Blickwinkel der SPD: Alfred Kasting, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970, S. 105 ff.; eine Geschichte der DVP, hauptsächlich

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DVP gemeinsam angezettelten Intrige gegen Wirth heraus. Gründe auf seiten der SPD bestanden durchaus: Da war der Vertrag von Rapallo, den Wirth weitgehend im Alleingang, gegen den Willen der sozialdemokratischen Minister und namentlich Eberts, abgeschlossen hatte – auf Eberts Groll verweist Wirth selbst (Dok. Nr. 1, 3). Hinzu kam, daß Wirth in einem der schwerstwiegenden kabinettsinternen Differenzpunkte, der Frage der Währungssanierung, sich zunehmend den Standpunkt der Reichsbank und der Großindustrie zu eigen machte, nach dem eine Steigerung der Arbeitsleistung und damit eine Abschaffung des Acht-Stunden-Tags Voraussetzung für eine Markstabilisierung sei; der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Robert Schmidt hatte deshalb schon Anfang Oktober 1922 demissionieren wollen und war nach der Beobachtung des württembergischen Gesandten in Berlin, Karl Hildenbrand, der als Mitglied des Parteivorstands der SPD und enger Freund Eberts über sehr genaue Hintergrundkenntnisse verfügte, „nur sehr schwer zu bewegen, unter dem Reichskanzler Wirth weiter zu bleiben"[82]. Der Gedanke an Wirths Kanzlersturz fand also innerhalb der sozialdemokratischen Parteiführung durchaus seine Befürworter; für ein Übereinkommen mit der DVP in dieser Frage sprechen auch die Ausführungen v. Raumers vor den Abgeordneten der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" am 27. Oktober 1922: Es seien alle Weichen gestellt, um mit der VSPD zu einem gemeinsamen Regierungsprogramm zu gelangen, auch und gerade auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet, und er warne in dieser Situation vor öffentlichen Angriffen auf die Sozialdemokratische Partei[83]. Ob dagegen auch Andreas Hermes, Reichsfinanzminister unter Wirth, der SPD Avancen gemacht hat, um den Kanzler zu beseitigen, ist schwer zu verifizieren; Wirths dahingehende Darstellung (Dok. Nr. 3) muß unter dem Vorbehalt gesehen werden, daß Hermes und Wirth miteinander in einer scharf ins Persönliche gehenden Fehde lagen.

Auf alle Fälle wird so verständlich, weshalb der Gesandte Hildenbrand am Tag nach Wirths Sturz nach Stuttgart meldete: „Der Verlauf der versteckten Regierungskrise der letzten Tage hat gezeigt, daß es sich eigentlich in Wirklichkeit nur um eine ‚Kanzler-Wirth-Krise' gehandelt hat."[84] In der Tat steuerten zunächst alle Koalitionsverhandlungen, ganz im Sinne der Vereinbarungen von jenem „strategischen Frühstück" des Abgeordneten v. Raumer, auf die Herstellung einer Großen Koalition ohne größere Ministerrevirements hin; als Reichskanzler eines solchen Kabinetts waren der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, An-

---

zwischen 1918 und 1923, ist noch ein Desiderat, ersatzweise Henry A. Turner jr., Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968, S. 101 ff.

[82] Bericht Nr. 5993 der Württembergischen Gesandtschaft Berlin an das Staatsministerium Stuttgart, 11. 11. 1922, Durchschrift in: Staatsarchiv (StA) Detmold, L 75 X 4 Nr. 16, Bd. 1.

[83] Protokoll der Besprechung der Arbeitsgemeinschaft, 27. 10. 1922, 17 Uhr, in: BA, Nachlaß Rudolf ten Hompel/16.

[84] Bericht Nr. 6506 der Württembergischen Gesandtschaft Berlin an das Staatsministerium Stuttgart, 15. 11. 1922, Durchschrift in: StA Detmold, L 75 X 4 Nr. 16, Bd. 1.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dreas Hermes oder aber Otto Braun im Gespräch[85]. Die Kabinettsbildung scheiterte daran, daß sich in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion starker Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit den Volksparteilern zeigte, die Fraktions- und Parteiführung sich zu eigen machten, um nicht die jüngst errungene Einheit mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zu gefährden[86]. So entstand statt der zunächst von Müller, Wels und Ebert angestrebten Koalition „von Scheidemann bis Stresemann" auf Kosten Wirths das erste „Kabinett der Fachminister" der Weimarer Republik unter der Kanzlerschaft Wilhelm Cunos, offen gestützt von den Parteien der Arbeitsgemeinschaft und notgedrungenermaßen toleriert von der Sozialdemokratie, die so für ihre zweideutige Haltung gegenüber Wirth teuer zu zahlen hatte.

Die aus dem Briefwechsel zwischen Braun und Wirth sich ergebenden Hintergründe der „Kanzler-Wirth-Krise" von 1922 illustrieren besonders deutlich, worin der Wert dieser Briefe für den Historiker liegt: Hier werden Strömungen, Hinter- und Untergründe sichtbar, die weder aus amtlichen Aktenbeständen noch aus der Publizistik jener Zeit zu erhellen sind; sie liefern personelle Bezüge, die dem Historiker als Korrektiv dienen können, wenn es darum geht, einer allzu mechanisch-deterministischen, rein strukturanalytischen Betrachtungsweise der Historie entgegenzuwirken, die häufig nur das Resultat einer ungenügenden Quellenlage ist.

III

Der im folgenden mit der freundlichen Genehmigung Professor Dr. Herbert Weichmanns abgedruckte Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth findet sich im Nachlaß Braun im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem. Streng genommen handelt es sich hierbei um einen Teilnachlaß; bereits 1947 hatte Braun einen Teil seiner in die Schweiz geretteten Papiere, soweit sie den Zeitraum der Weimarer Republik betrafen, aus Platz- und Geldmangel an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam verkauft. Dieser Nachlaßteil ist der Forschung bereits seit längerem zugänglich. Anders steht es mit dem Berliner Nachlaßteil; er umfaßt diejenigen Papiere, die Brauns früherer Referent und Freund Herbert Weichmann nach dessen Tod im Dezember 1955 in Locarno barg. Anfang der siebziger Jahre übergab Weichmann das Material dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin, wo es jetzt, durch ein vorläufiges Findbuch erschlossen, der Forschung mit einigen Einschränkungen zugänglich ist. Im Unterschied zu dem Amsterdamer Nachlaßteil ist der Bestand in Berlin recht heterogen zusammengesetzt; in ihm finden sich hauptsächlich die Akten des Königsberger Rechtsanwalts und bedeutenden sozialistischen Politikers Hugo Haase über den

[85] Ebd.; Kessler, Tagebücher, Aufz. v. 14. 11. 1922, S. 346; Akten der Reichskanzlei, Karl-Heinz Harbeck, Das Kabinett Cuno, Boppard 1968, Dok. Nr. 1, Anm. 1, S. 1.

[86] Siehe Kastning, Deutsche Sozialdemokratie, S. 106 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Königsberger Hochverratsprozeß im Jahr 1904, in dem Braun als Hauptangeklagter aufgetreten war, weiterhin Brauns Tagebücher für den Zeitraum vom Juli 1914 bis zum Februar 1916, einige amtliche Schriftwechsel aus der Weimarer Zeit, das Manuskript der Memoiren, Personenstandsunterlagen, Zeitungsausschnitte, persönliche Fotos sowie Brauns Briefwechsel in der Schweizer Emigration, seit etwa 1943 weitgehend geschlossen[87]. In dieser letzteren Abteilung des Nachlasses finden sich die Briefwechsel zwischen Braun und Wirth unter der Signatur Rep. 92 Braun C/I/335. Welchen Wert Braun selbst auf die Überlieferung der hier abgedruckten Schreiben gelegt hat, geht daraus hervor, daß sie noch existieren; alle anderen Briefe mit auch nur entfernt politischem Inhalt hat er bis 1943 vernichtet, zunächst aus Besorgnis vor einer möglichen deutschen Invasion der Schweiz, dann aber auch aus konspirativer Vorsicht, denn während des Krieges waren deutsche Nachrichtendienste und die Gestapo in der Schweiz allgegenwärtig.

Ihrer Provenienz entsprechend handelt es sich bei den Dokumenten 1, 3 und 5 (Wirth an Braun) um maschinenschriftliche Originale, bei den Dokumenten 2 und 4 (Braun an Wirth) um maschinenschriftliche Durchschriften, jeweils, auch bei den letzteren, mit Unterstreichungen, Einfügungen und Randnotizen in Brauns Handschrift. Was die Textgestaltung angeht, so wurden falsch geschriebene Eigennamen, offenkundige Rechtschreibe- und Zeichensetzungsfehler stillschweigend verbessert; in einigen Fällen wurden der besseren Übersichtlichkeit halber neue Absätze eingezogen. Einfügungen des Bearbeiters wurden in eckige Klammern gesetzt; spitze Klammern dienen der Eingrenzung von Passagen, die einer textkritischen Anmerkung bedürfen.

Dokument 1

Dr. Josef Wirth,
Haldenstr. 7,
Luzern.

Luzern, den 22. Juli 1941.

Herrn Otto Braun,
Ministerpräsident a. D.
Ascona / Tess.

Sehr geehrter Herr Braun!

Wir können wohl alle Titel zurückstellen. Ich ordne z. Z. meine Papiere, da man nicht weiß, was damit noch geschehen kann. Alles ist möglich: Meine kleine Wohnung in Paris ist wie meine ehemalige Wohnung in Berlin von der Gestapo beschlagnahmt.
Gerne hätte ich mit Ihnen über die Zeitläufe wie über Ihr interessantes Buch „Von

[87] Näheres zum Nachlaß Braun sowie zur Quellenbasis einer Braun-Biographie s.: Hagen Schulze, Auf der Suche nach Otto Braun, Ein Forschungsbericht, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz X/1972, Köln/Berlin 1973, S. 189 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weimar bis Hitler"[88] einmal gesprochen. Wiederholt wurde das Buch durchgearbeitet. Katholische Freunde sind darüber ungehalten. Und ich glaube – leider mit etwas Recht. Man kann wohl auf 455 Seiten nicht alles sagen, was darzustellen ist. Vielleicht haben Sie auch noch irgendwo weitere Erinnerungen verborgen, um sie später zu verwenden. Das ist vielleicht die Tragödie Ihres Buches. Ähnlich ist es bei Stampfer[89]. Es ist schade, daß Sie viel in Polemik[90] machen. Ihr Urteil über preußische Zentrumspolitiker ist zum Teil hart und abwegig. Herold[91] war nur ein „Agrarfuchs", und zwar ein guter und intelligenter. Da war der Alte im Barte Ihren soz[ialistischen] Gewerkschaftlern und auch unseren christlichen Gewerkschaftsführern wohl überlegen. Politisch, und das berühren Sie nicht, weil es Ihnen vielleicht entgangen ist, war er allen Nurorganisationsmenschen weit überlegen. – Herold war ein Republikaner. Nie hat er in den höchsten politischen Fragen Schwierigkeiten gemacht. Er stand sogar in politischen Dingen zu Erzberger[92] und auch zu mir. Er sagte mir einmal wörtlich: „Ich war immer Republikaner, auch vor 1918." Der alte Herold hing an seiner Scholle und kämpfte dafür. Seinen Gegnern auf der Linken fehlte es dafür häufig an Verständnis. Sie waren eben keine Agrarier. –

Ich möchte zunächst nur einige Ungenauigkeiten Ihres Buches erwähnen: Seite 117 bemerken Sie, daß Rathenau[93] am 26. Oktober 1921 Außenminister wurde. Rathenau wurde erst 1922 Außenminister. Er hat nach der unglücklichen Entscheidung über Oberschlesien[94] aus Protest mehrere Monate der Regierung ferngestanden[95]. Es tut

---

[88] Siehe Anm. 7.

[89] Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der Ersten Deutschen Republik, Karlsbad 1934; im Folgenden zitiert nach: 5. Aufl. Hamburg 1952.

[90] Handschriftl. Randnotiz Brauns: „2–3 Stellen, die als Polemik anzusprechen wären".

[91] Carl Herold (1848–1931): 1889–1931 Mitgl. des Preußischen Abgeordnetenhauses/Landtags, 1898–1931 MdR (Zentrum), Vors. der westfälischen Zentrumspartei, Ehrenvors. der Deutschen Zentrumspartei, stellvertr. Vors. der Zentrums-Fraktion im Preußischen Landtag, Direktor des landwirtschaftl. Hauptverbands des Regierungsbezirks Münster, Mitgl. des Vorst. der Landwirtschaftskammer Westfalen und des Westfälischen Bauernvereins.

[92] Matthias Erzberger (1875–1921): 1903–1921 MdR (Zentrum), Führer des linken Zentrums-Flügels. Okt. 1918 – Febr. 1919 Staatssekretär o. Geschäftsbereich, Febr. 1919 – März 1920 Reichsfinanzminister, Aug. 1921 wegen seiner maßgeblichen Rolle bei der Unterzeichnung des Waffenstillstands und des Friedensvertrags von Versailles von rechtsradikalen ehem. Offizieren ermordet.

[93] Walther Rathenau (1867–1922): Präsident der AEG, Geschäftsinhaber der „Berliner Handelsgesellschaft". Im Ersten Weltkrieg Organisator der Kriegsrohstoffabt. im Preußischen Kriegsministerium, entwickelte aus den dabei gewonnenen Erfahrungen eine „gemeinwirtschaftliche" Organisationstheorie. Mai–Nov. 1921 Reichsminister für den Wiederaufbau, Febr.–Juni 1922 Reichsaußenminister. Da er Jude und Mitverantwortlicher für die Erfüllungspolitik Wirths war, wurde er im Juni 1922 von rechtsradikalen ehem. Offizieren ermordet.

[94] Aufgrund des Abstimmungsergebnisses vom 20. 3. 1921 in Oberschlesien hatte der Völkerbundsrat am 20. 10. 1921 die Aufteilung Oberschlesiens zwischen Polen und Deutschland beschlossen. Da das erste Kabinett Wirth u. a. mit dem programmatischen Vorhaben, Oberschlesien als Ganzes für Deutschland zu retten, angetreten war, demissionierte es am 22. 10. 1921, um drei Tage später ohne die Beteiligung der DDP, die der Koalition erst wieder am 31. 1. 1922 beitrat, neugebildet zu werden.

[95] Möglicherweise mißverständlich formuliert; Rathenau war von der DDP, der er zugerechnet wurde, obwohl er parteilos war, aufgefordert worden, aus Protest gegen die Teilung

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mir leid, daß Sie Seite 118 schreiben: „. . . Dabei hatte ich immer das Gefühl, daß er bewußt eine Zone geistigen Parfums um sich legte, so daß man mit ihm schwer warm werden konnte." Oh, Herr Braun! Von Ihnen sagten wir: „Sie sind ein ostpreußischer Eiszapfen, der nie schmelzen kann. Auch im Sommer nicht." Rathenau war Geist, vielleicht eine zu sehr geistige Persönlichkeit. Er sah Dinge kommen, von denen Ihre sozialistischen Wirtschaftler nichts spürten. Sie nennen ihn selbst Seite 118 einen ausgezeichneten Mann. Es ist gut, daß Sie damit doch den Menschen und Gelehrten noch anerkannt haben.

Ihre Partei hatte eben leider keinen großzügigen Wirtschaftler; Intelligenz wohl! – Denken wir nur an Dr. Hilferding[96], den wir alle sehr bedauern. Wir haben für Hilferding und Breitscheid[97] alles nur Mögliche getan. Dr. Breitscheid sitzt, wie ich neulich hörte, in einem Gefängnis in Berlin, und Hilferding ist nach der Auslieferung aus Frankreich verschollen. Sie hatten ohne Zweifel in Ihrer Partei große Intelligenzen. Das hat niemand bestritten. Auch sehr viele hochanständige Leute und sogar – „Heilige" – wie Otto Braun, Robert Schmidt[98] und Otto Bauer[99], um nur diese drei zu nennen. Ich werde darüber einiges niederschreiben. Aber praktische Wirtschaftler von großem Format hatten Sie nicht. Da muß man mit dem ›Andenken Rathenaus sehr pfleglich umgehen‹[100].

Seite 119 erwähnen Sie auch mich. „Wirths ‚Der Feind steht rechts' fand in den weitesten Kreisen des Volkes tiefgehenden Widerhall."

Scheidemann[101] war über diese Sache sehr ungehalten. In seinen Erinnerungen hat er

---

Oberschlesiens aus der Regierung auszuscheiden; er fügte sich, obwohl er den Beschluß für falsch hielt (siehe: Laubach, Politik der Kabinette Wirth, S. 105).

96 Rudolf Hilferding (1877–1941): Sozialdemokratischer Theoretiker, 1905–1917 „Vorwärts"-Redakteur, 1917–1922 Mitgl. der USPD und Chefredakteur der „Freiheit", 1924–1933 MdR (SPD), 1922–1933 Mitgl. des Parteivorstands der SPD, Aug.–Okt. 1923, Juni 1928 – Dez. 1929 Reichsfinanzminister, 1933 nach Frankreich emigriert, 1941 in Südfrankreich von französ. Polizei verhaftet und der Gestapo ausgeliefert, am 12. 2. 1941 im Gefängnis La Santé in Paris ermordet.

97 Rudolf Breitscheid (1874–1944): Seit 1912 Mitgl. der SPD, 1917–1922 Mitgl. der USPD, 1920–1933 MdR (USPD/SPD), seit 1928 Mitvors. der SPD-Reichstags-Fraktion, seit 1931 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1933 emigriert, 1941 zusammen mit Hilferding festgenommen und der Gestapo ausgeliefert, Aug. 1944 im KZ Buchenwald durch einen Luftangriff ums Leben gekommen.

98 Robert Schmidt (1864–1943): Sozialdemokratischer Gewerkschaftler, 1893–1930 MdR (SPD), Okt. 1918 – Febr. 1919 Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Febr. 1919 – Juni 1920 Reichsernährungsminister, seit Juli 1919 zusätzl. Reichswirtschaftsminister, Mai 1921 – Nov. 1922 Reichswirtschaftsminister, Aug.–Nov. 1923 Reichsminister für den Wiederaufbau und Reichsvizekanzler, Dez. 1929 – März 1930 Reichswirtschaftsminister.

99 Otto Bauer (1882–1938): Österreichischer Sozialdemokrat, führender Theoretiker des Austro-Marxismus, Nov. 1918 – Juli 1919 österreichischer Staatssekretär des Auswärtigen, 1934 in der Tschechoslowakei, dann nach Frankreich emigriert.

100 Von Braun unterstrichen.

101 Philipp Scheidemann (1865–1939): 1903–1933 MdR (SPD), 1911–1921 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1917–1919 Mitvors. der SPD, Okt.–Nov. 1918 Staatssekretär o. Geschäftsbereich, Nov. 1918 – Febr. 1919 Mitgl. des Rats der Volksbeauftragten, Febr.–Juni 1919 Reichsministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 nach Dänemark emigriert.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Satz ausdrücklich als sein geistiges Eigentum reklamiert[102]. Scheidemann hat im Jahre 1919 im „Vorwärts" dieses Schlagwort geprägt. Er hat es mir sehr bitter, sogar persönlich übelgenommen, daß man mir die Prägung dieses Satzes nachgesagt hat – wie Sie es auch in Ihrem Buche tun. Mein Satz nach der Ermordung Rathenaus lautete nach dem stenographischen Bericht des Reichstages: „Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunden des deutschen Volkes träufelt ... Und darüber ist kein Zweifel: *Dieser* Feind steht rechts!" So steht es im unkorrigierten Stenogramm des Reichstages[103].

Ich frage mich auch – und meine Freunde frugen mich schon mehrmals danach –, warum Sie Seite 120 die abfällige Bemerkung über mich machen[104]. Auch Stampfer hat das getan, und zwar ohne Begründung wie Sie[105]. Sie werden sich deshalb nicht wundern, wenn Sie später auch einiges hören müssen, was Sie und Ihre engeren Freunde versäumt haben, sofern Sie selbst anwesend waren. Sie waren gewiß immer entschuldigt. Sie waren der beste Gatte. Das wurde stets und allseitig anerkannt. Aber wenn Sie fort waren, tanzten im preußischen Staatsministerium die Mäuse[106] unter Ihrem Herrn Weismann[107], der übrigens besser war als sein Ruf. In Ihrem Buch fand ich übrigens nicht einmal seinen Namen.

›Ebert[108] und seine Zeit kommen zu kurz in Ihrer Darstellung‹[109]. Leider brach

---

[102] Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928, S. 586 f.

[103] Im korrigierten Stenogramm der Reichstagsrede Wirths vom 25. 6. 1922 lautet der zitierte Passus: „Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!" (Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 356, S. 8056; abgedr. in: Joseph Wirth, Reden während der Kanzlerschaft, hrsg. v. Heinrich Hemmer, Berlin 1925, S. 406.) Zur Wirkung dieser Rede siehe Kessler, Tagebücher, Aufz. v. 25. 6. 1922, S. 324 f. Nach 1933 hat Wirth verschiedentlich gegen das ihm zugeschriebene Zitat „Der Feind steht rechts" protestiert, so in einem Schreiben an Staatssekretär Lammers, 13. 1. 1934: „Von mir stammt das Wort: ‚*Dieser* Feind steht rechts', und diesen Feind habe ich zunächst bestimmt als jenen Feind, der da steht, wo Mephisto sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt", in: Bundesarchiv Koblenz, R 43 I/3633.

[104] Braun, Von Weimar, S. 120: „Auch hier bestätigte sich wieder einmal meine alte Erfahrung, daß ein glänzender Redner und ein zielklarer, vorausschauender zäher Politiker und Staatsmann sehr selten in einer Person vereinigt sind. Wirth hatte nach dem Tode Rathenaus auch das Auswärtige Amt übernommen und sich damit zuviel zugemutet. [...] Aber nicht nur das immer sichtbarer werdende persönliche Versagen Wirths, auch nicht die Widerstände der Rechtsparteien, die ihm seine Kampfansage nachtrugen, führten seinen Sturz herbei, sondern der Umstand, daß er in der eigenen Partei, dem Zentrum, nicht mehr die rechte Stütze hatte. [...]"

[105] Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 296: „Bei Wirth schien es, als hätte er sich in seinen großen rednerischen Leistungen erschöpft und als wäre an die Stelle der früheren Zuversicht die Verzweiflung getreten."

[106] Siehe Anm. 71, 72.

[107] Robert Weismann (1869–1942): 1920–1923 Preußischer Staatskommissar für die Öffentliche Ordnung, 1925–1932 Staatssekretär im Preußischen Staatsministerium, 1933 in die Schweiz, dann nach USA emigriert.

[108] Friedrich Ebert (1871–1925): 1905 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1913–1919 Vors. der SPD, 1912–1918 MdR, seit 1916 Vors. der SPD-Reichstagsfraktion, Nov. 1918 – Febr. 1919 Mitgl. des Rats der Volksbeauftragten, Febr. 1919 – Febr. 1925 Reichspräsident.

[109] Von Braun unterstrichen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ebert schon im Frühjahr 1922 mit Rathenau. Er erklärte mir vor Rapallo[110]: „Ich bin fertig mit Rathenau und seiner Sippe!" Schlimm war es nach Rapallo. Schon im April 1922 sagte mir Ebert in bezug auf die Anknüpfung mit Rußland: „Wie können Sie sich mit diesen Lumpen ... einlassen?" Schon im Mai 1922 war der Sturz der von mir geführten Regierung eine beschlossene Sache. Ich habe schon bald nach dem Tode Rathenaus Herrn Ebert meine Demission angeboten. „Suchen Sie sich eine andere Gelegenheit!" war die Antwort des sehr mißtrauisch gewordenen Herrn Ebert. Meine Kampfrede im Reichstag[111] war Herrn Ebert und seinen Leuten sehr unbequem. Auch Breitscheid meinte im Sommer 1922: wir werden Wirth stürzen. Anfang Oktober 1922 erfuhr Herr Kardinal Schulte[112] in Köln, daß Wirth und sein Kabinett den Herbst 1922 nicht überstehen werden. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen offen sage, daß Ihre Leute im Reiche einander nicht verstanden, und daß man im Gegensatz zu Preußen, was ich gerne anerkenne, Angst hatte, die ›Last weiterer Verantwortung zu übernehmen‹[113]. Das kann ich heute wie damals, vom Parteistandpunkte aus, wohl verstehen. Parteilorbeeren waren eben nicht zu ernten. Auch für das Zentrum waren sie nicht zu pflücken.

Als dann die Deutsche Volkspartei nach dem Tode Rathenaus geneigt war, endlich mitzumachen, haben Ihre Leute geradezu krankhaft, erschüttert durch außenpolitische Mißerfolge, sich in die Büsche und auf die Seite geschlagen. Das ging ja nicht allzu schwer. Ebert hatte, wie oben erwähnt, den Sturz des Kabinetts längst beschlossen. Und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stolperte ohne tiefere Selbstbesinnung ins Unglück geradezu hinein. Bis zum Jahre 1928 mußte die Sozialdemokratie im Reich sozusagen Hilfsdienste leisten[114]. Erst im Jahre 1928 kam sie wieder zum Zuge, um dann im Frühjahr 1930 über ein halbes Prozent Arbeitslosenunterstützung erneut zu fallen[115]. Sie durfte dann unter Brüning[116] noch Stützen abgeben. Wahrhaftig eine erschütternde Tragödie! Die Entwicklung in Preußen ging, was nochmals anerkannt sei, anders. Das ist im wesentlichen Ihr Werk und auch das Werk der preußischen Zentrumsfraktion mit ihrem Führer Hess[117], der gerade Ihnen die Treue ge

---

[110] Deutsch-russischer Vertrag vom 16. 4. 1922: Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz von Kriegs- und Zivilschäden, deutscher Verzicht auf Ersatz für deutsches sozialisiertes Eigentum in der Sowjetunion, Vereinbarung zur Wiederaufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen, Meistbegünstigungsklausel, gegenseitige wirtschaftliche Förderung (RGBl 1922, II, S. 677 ff.). Entgegen einer verbreiteten Auffassung waren mit dem Vertrag keine politischen oder militärischen Geheimabkommen verbunden.

[111] Siehe Anm. 103.

[112] Karl Joseph Schulte (1871–1941): 1909–1920 Bischof von Paderborn, 1920–1941 Erzbischof von Köln, seit 1921 Kardinal.

[113] Von Braun unterstrichen.

[114] Irrtum Wirths; im August 1923 trat die SPD in ein Reichskabinett der Großen Koalition unter Reichskanzler Stresemann ein, zog allerdings am 3. 11. 1923 ihre Minister aus dem 2. Kabinett Stresemann wegen sozialpolitischer Differenzen zurück und wurde dann erst wieder im Juni 1928 unter Reichskanzler Hermann Müller Regierungspartei.

[115] Das im Juni 1928 gebildete Reichskabinett unter dem Reichskanzler Hermann Müller (SPD) trat im März 1930 zurück, da die SPD-Reichstagsfraktion der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 1/2 auf 3 3/4 Prozent nicht zustimmte.

[116] Heinrich Brüning (1885–1970): 1924–1933 MdR (Zentrum), 1929–1930 Vors. der Zentrumsfraktion im Reichstag, März 1930 – Mai 1932 Reichskanzler, seit Okt. 1931 zusätzlich Reichsaußenminister, 1934 in die USA emigriert.

[117] Joseph Hess (1878–1932): Oberregierungsrat bei der Regierung Koblenz, 1908–1932 Mitgl.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halten hat. Auch das kommt in Ihrem Buche nicht genügend zum Ausdruck. In meinen Erinnerungen möchte ich darüber noch einige Einzelheiten mitteilen. Ich hätte sie gerne begraben. Allein Ihre z. T. nicht ganz gerechten und schiefen Bemerkungen zwingen uns dazu, zu Ihrem Buche kritisch Stellung zu nehmen.

Dazu kommt noch etwas besonderes, nämlich Ihre Stellung zum Reichskonkordat[118]. Verehrter Herr Braun! Kulturell sind Sie ein echter Liberaler. In bezug auf das Reichskonkordat dachte Ebert anders[119]. Ich besitze darüber die Akten. Es ist für mich einfach tragisch, Ihnen in bezug auf das Reichskonkordat antworten zu müssen. Gewiß ist es ein Verdienst, und zwar auch Ihr Verdienst, daß das preußische Konkordat[120] schließlich zustande gekommen ist. Aber ein Unglück war es meines Erachtens, daß im Jahre 1922 das Reichskonkordat fallengelassen wurde. Das hat Ebert klar gesehen. So kam dann das bayerische Konkordat[121] zustande, das in der Entwicklung der Dinge geradezu abschreckend für die anderen deutschen Länder gewirkt hat. Doch darüber dann an anderer Stelle, unter Berücksichtigung des Liberalismus des Herrn Otto Braun.

Mit großem Interesse liest man Ihre Ausführung über Hindenburg[122]. Doch auch da ist eine kritische Bemerkung am Platze. Erinnern Sie sich noch, daß ich die Ehre hatte, mit Ihnen im Auftrage des Reichspräsidenten über die Zurücknahme des Verbotes des Stahlhelmes im Rheinland[123] zu verhandeln? Es sei davon abgesehen, daß Sie mich in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs Weismann ausgesprochen schlecht behandelt haben. Es war selbstverständlich Ihr Recht, die Aufhebung des Verbotes abzulehnen. Ich will auch gerne hinwegsehen über Ihren allzu scharfen ostpreußischen Ton, der mir als gemütlichem Badener nie gelegen hat. Das Gespräch ist mir noch in sehr guter Erinnerung. Beschwichtigend bat ich Sie, doch bedenken zu wollen, daß der frühere Reichskanzler Hermann Müller[124] dem Herrn Reichspräsidenten Hindenburg versprochen hat, das Stahlhelmverbot im Rheinland aufzuheben. Mit ungewöhnlicher Schärfe haben Sie diesen Hinweis abgelehnt. Sie meinten sogar, ob ich auch alle anderen Versprechungen, die Hermann Müller sonst als Parteimann gemacht hat, noch zur Ausführung bringen wolle. Ich war sprachlos über die Härte, mit der Sie meine auftragsgemäß ausgeführte Intervention beim preußischen Ministerpräsidenten abgelehnt, besser zurückgewiesen haben. Das ist mir heute noch unerklärlich. Ich hatte den Eindruck, daß Sie den Reichspräsidenten Hindenburg treffen wollten. Meine dorthin gegebenen Mitteilungen erfolgten in der mildesten Form.

---

des Preußischen Abgeordnetenhauses/Landtags (Zentrum), seit 1919 Mitgl. des Fraktionsvorst., seit Jan. 1930 Fraktionsvors., seit Mai 1930 Vors. der Preußischen Zentrumspartei.

118 Siehe S. 157.

119 Das traf zu, vgl. Deuerlein, Reichskonkordat, S. 12 f.; Golombeck, Preußenkonkordat, S. 7.

120 Vertrag des Freistaats Preußen mit dem Heiligen Stuhl, 14. 6. 1929 (Preußische Gesetzsammlung 1929, S. 152 ff.). Das „Preußenkonkordat" enthielt im Unterschied zu den vorliegenden Entwürfen zum Reichskonkordat und zum bayerischen Konkordat (siehe Anm. 121) keine Schulartikel.

121 Vertrag des Freistaats Bayern mit dem Heiligen Stuhl, 29. 3. 1924 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1924, S. 53 ff.).

122 Paul v. Beneckendorff und v. Hindenburg (1847–1934): Preußischer Generalfeldmarschall, 1916–1919 Chef des Generalstabs des Feldheeres, 1925–1934 Reichspräsident.

123 Siehe S. 159.

124 Hermann Müller (-Franken) (1876–1931): 1916–1931 MdR (SPD), seit 1906 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, seit 1919 Mitvors. der SPD, Juni 1919 – März 1920 Reichsaußenminister, März–Juni 1920, Juni 1928 – März 1930 Reichskanzler.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heute noch muß ich die Bemerkung niederschreiben, daß Ihr Buch alles vermissen läßt, was eine Erklärung abgeben könnte, warum der Bruch Ihres Vertrauensverhältnisses zu Hindenburg[125] eingetreten ist. Das ist historisch von großer Bedeutung. Ich möchte deshalb auch anregen, ja diese Sache in die Form einer ›herzlichen Bitte‹[126] kleiden, Sie möchten doch in passender Form irgendwo, ganz nach Ihrem Belieben, einen Brief deponieren, in dem Sie den Zwiespalt zwischen Ihnen und Hindenburg in passender Form niederlegen. Das ist nämlich für das Verhalten Hindenburgs unter Papen[127] gegen die preußische Regierung sehr wichtig. Aus Ihrem Buch geht nämlich über die inneren Zusammenhänge der Dinge leider nichts hervor. Meine Frage ist eine ganz direkte: Wie konnte der preußische Ministerpräsident Otto Braun, ein sonst so klug und kühl abwägender Mann, es auf den ›Bruch mit Hindenburg ankommen lassen‹[128]? Wie konnte dieser grundgescheite Politiker die ›Stahlhelmsache im Rheinland so wichtig‹[129] nehmen, um damit Hindenburg vor den Kopf zu stoßen? Man kann den Kampf gegen Hindenburg sehr wohl verstehen. Wenn schon, dann durfte der Kampf gegen Hindenburg, und zwar rechtzeitig, nicht mit Nadelstichen und mit Lappalien geführt werden. Darüber sind im einzelnen noch Bemerkungen niederzuschreiben.

Wenn Sie mir nachsagen, daß ich wohl als Redner etwas geleistet, aber als Politiker versagt hätte[130], so muß ich Ihnen, um der historischen Wahrheit willen, antworten, daß es mich nicht nur interessiert, warum Sie das niedergeschrieben haben, ähnlich wie Stampfer[131], sondern daß es mir auch im Exil zur Pflicht gemacht ist, im Interesse der Geschichte der Nachkriegszeit danach zu forschen, wie es kam, daß die preußische Regierung und besonders ihr Ministerpräsident die Gefahr Papen[132] nicht rechtzeitig erkannt und entsprechend gehandelt hat. Und vor allem, daß die preußische Regierung mit dem Reichspräsidenten Hindenburg keinen Kontakt mehr gehabt hat. Oh, Herr Braun! Sie haben die Böcke zugunsten des alten Herrn Hindenburg geschont[133], aber Sie haben den allergrößten Bock geschossen, als Sie es versäumten, gegen Papen,

---

125 Siehe S. 159.

126 Von Braun unterstrichen.

127 Franz v. Papen (1879–1969): 1930–1932 MdR (Zentrum), Juni–Nov. 1932 Reichskanzler, 20. 7. 1932 – 2. 12. 1932, 30. 1. 1933 – 7. 4. 1933 Reichskommissar für das Land Preußen, Jan. 1933 – Aug. 1934 Vizekanzler im Kabinett Hitler.

128 Von Braun unterstrichen.

129 Von Braun unterstrichen.

130 Siehe Anm. 104.

131 Siehe Anm. 105.

132 Gemeint ist der „Papenputsch", die Absetzung der preußischen Regierung durch den Reichspräsidenten und die Reichsregierung am 20. 7. 1932, die von den preußischen Ministern nicht durch Gewaltmaßnahmen – theoretisch hätte sich der Einsatz der preußischen Polizei angeboten, verstärkt durch Reichsbanner und unterstützt durch einen Generalstreik, der von den Freien Gewerkschaften auszurufen gewesen wäre – beantwortet wurde, sondern mit einer Klage vor dem Staatsgerichtshof. Die Frage, ob die preußische Regierung hätte gewaltsamen Widerstand leisten sollen und können, wie Wirth hier meint, ist in der Literatur überwiegend positiv beantwortet worden, so von Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 5. Aufl. Villingen 1971, S. 518 ff.; Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Matthias/Morsey, Ende der Parteien, S. 127 ff.; der Bearb. vertritt die entgegengesetzte Auffassung: Schulze, Braun, S. 745 ff.

133 Eine Anspielung auf die Jagdleidenschaft, die Braun ursprünglich mit Hindenburg verbunden hatte; ihre Jagdreviere in der Schorfheide lagen nebeneinander, und Braun berichtet in

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Waffe sogar, zur Wehr zu schreiten und rechtzeitig Hindenburg auf die Gefahr blutiger Auseinandersetzungen aufmerksam zu machen.
So, nun habe ich mir einiges vom Herzen heruntergeschrieben. Dann fühlt man sich schon etwas erleichtert. Dieser Brief lag im Entwurf schon im letzten Jahr in meiner Mappe. Er wurde jetzt endlich hervorgeholt, auch unter dem Gesichtspunkt, meine Sache definitiv zu ordnen. Nehmen Sie bitte den Brief so auf, wie er gemeint ist. Als Menschen im langjährigen Exil haben wir ja einander nichts zu verbergen.

Mit vorzüglicher Hochachtung und vielen herzlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener
[handschr.:] Joseph Wirth

Dokument 2

Dr. Otto Braun

Ascona, den 25. August 1941.
Casa Erna

Lieber Herr Wirth,

über Ihren Brief vom 22. v. M. habe ich mich gefreut, und das nicht nur, weil er mich mit einem exilierten Schicksalsgefährten in Verbindung bringt, sondern weil auch sein Inhalt für mich von Interesse und um so wertvoller ist, als er von einem Menschen herrührt, der, um mich sportlich auszudrücken, mit im Spiele und nicht nur Zuschauer war. Aus letzterem Kreise sind mir viele Urteile zu Gesicht gekommen, die für mich von geringem Wert waren, da sie meist von Sachkenntnis ungetrübt, mir nur bestätigten, was ich in dem Vorwort zu meinem Buche über die vorschnell Urteilenden niedergeschrieben habe[134].
Dem, was Sie im ›allgemeinen‹[135] über das Buch sagen, kann ich bis zu einem gewissen Grade zustimmen; auch was seine Mängel anlangt. Man kann eben auf 455 Seiten nicht alles sagen, was man weiß, und nicht allem gerecht werden. Vieles mußte ich aus politischen und persönlichen Gründen unterdrücken; auch zwang mich die schweiz[erische] Militärzensur noch zu einigen Streichungen. Dazu kam, daß mein Verleger mich drängte, das Buch auf einen handlichen Umfang zu bringen, wobei ich zu umfangreichen, mir zum Teil sehr schmerzlichen, Streichungen gezwungen wurde. Das ursprüngliche Manuskript hätte mehr als zwei Bände gegeben. Zudem mußte ich den Inhalt so gestalten, daß er den ausländischen Leser interessierte, da an ein Erscheinen und eine Verbreitung in Deutschland ja vorerst nicht zu denken ist und ich auch auf den finanziellen Erfolg Wert legen mußte. Er ist nun allerdings infolge der Kriegswirren ausgeblieben, was nicht nur den Verleger, sondern auch mich hart trifft,

---

seinen Memoiren, er habe verschiedentlich Hirsche geschont, „so daß der alte Herr auf sie zum Schuß gebracht werden konnte" (Braun, Von Weimar, S. 173).

134 Im Vorwort zu seinen Memoiren erklärt Braun, ihn leite nicht das Rechtfertigungsbedürfnis, „denn die Zeitgenossen, die bereits vorschnell über meine Politik abgeurteilt haben, wobei sie oft Fehler sehen, wo ich Richtiges sehe, und Richtiges, wo ich Fehler erblicke, bekehre ich kaum, denn nur wenige Menschen geben ein Urteil, das sie sich einmal gebildet und ausgesprochen oder gar niedergeschrieben und gedruckt haben, gerne auf" (Braun, Von Weimar, S. 5).

135 Von Braun unterstrichen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

da meine finanziellen Verhältnisse sich mangels Einnahmen immer prekärer gestalten. Soviel im allgemeinen über das Buch.

Wenn ich nun kurz zu Ihren Beanstandungen Stellung nehme, so möchte ich zuerst bemerken, daß ich nicht finden kann, daß ich zuviel in Polemik mache. Ich habe mich bemüht, möglichst objektiv die Ereignisse zu schildern, soweit das, wie ich ja bereits im Vorwort hervorhebe, in einem persönlichen Buche überhaupt möglich ist. Kritische Urteile über Vorgänge und Personen sind natürlich immer subjektiv. Ihrer Auffassung, daß ich preußische Zentrumspolitiker zum Teil hart und abwägig beurteile, kann ich nicht zustimmen. Ich gebe allerdings zu, daß Sie als guter Zentrumsmann das anders wie ich beurteilen. Was den alten Herold anlangt, so glaube ich ihn fast besser kennengelernt zu haben wie Sie. Daß er, wie Sie schreiben, bereits vor 1918 Republikaner war, habe ich nie gemerkt, im Gegenteil, ich erinnere mich noch an eine interfraktionelle Besprechung, die im Reichstag stattfand, und an der auch Herold mit Porsch[136] von der Zentrumspartei teilnahmen, und die einem ev[entuellen] Kompromiß über das preußische Wahlrecht galt. Herold wehrte sich fast am verbissensten gegen ein gar zu demokratisches Wahlrecht, obwohl es bereits in dem Gebälk des alten Preußens bedenklich krachte, denn die Sitzung fand etwa zwei Wochen vor dem Novemberzusammenbruch statt[137]. Im übrigen war Herold nicht nur ein Agrarier vom reinsten Wasser, der eigensüchtige agrarische Interessen oft energischer vertrat als manche weitsichtige ostelbische Agrarier, sondern er war auch ein überaus verbissener kleinlicher Eigentumsfanatiker, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Interessen des Privateigentums über die des Allgemeinwohls stellte.

Was meine Stellung zu Rathenau betrifft, so habe ich mich hier der weitesten Zurückhaltung befleißigt, da ich ja mit ihm dienstlich und auch sonstig wenig in Berührung gekommen bin. Allerdings schätze ich ihn als Wirtschaftler, wie übrigens auch andere deutsche Wirtschaftler, nicht so hoch ein, wie das allgemein geschah. Ich habe jetzt kürzlich wieder in seinem Buch „Von kommenden Dingen"[138] gelesen und dabei gefunden, daß er sich doch zu sehr in zum Teil recht widerspruchsvolle philosophische, bis zur religiösen Mystik gehende Betrachtungen ergeht. ›Derartige‹[139] Wirtschaftler hatte meine Partei vielleicht nicht, dafür aber doch Leute, die die Gegebenheiten und Erfordernisse der Wirtschaft etwas weniger philosophisch, dafür aber nüchterner und sachlicher betrachteten, was schließlich in der praktischen Politik mir das Wertvollere erscheint, besonders in der kritischen Wiederaufbauperiode der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege.

Es tut mir leid, daß Sie meine kurze Erwähnung Ihrer Person und Ihrer Tätigkeit als Kanzler als „abfällig" empfinden. So war sie sicherlich nicht gemeint. Wenn ich Sie in Ihrer amtlichen Tätigkeit als Redner höher schätzte als als Politiker, so resultiert das aus meiner Auffassung über die Aufgaben und die Pflichten des verantwortlichen Politikers. Der darf nach meiner Auffassung, wenn er an verantwortlicher Stelle steht,

---

136 Felix Porsch (1853–1930): 1884–1930 Mitgl. des Preußischen Abgeordnetenhauses/Landtags (Zentrum), seit 1903 dessen Vizepräsident.

137 Wahrscheinlich meint Braun die Besprechung des Interfraktionellen Ausschusses über die preußische Wahlrechtsfrage am 4. 10. 1918, an der auch Vertreter der preußischen Fraktionen der Mehrheitsparteien teilnahmen; für die preußische Zentrumsfraktion waren Porsch und Herold, für die preußische SPD-Fraktion Hirsch und Braun anwesend, siehe Reinhard Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964, S. 223, Anm. 2.

138 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen, Berlin 1918.

139 Von Braun unterstrichen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Flinte nicht so leicht ins Korn werfen, wie Sie das und übrigens auch andere Kanzler im Reiche, wobei ich meinen verstorbenen Freund Müller nicht ausnehme, getan haben; besonders nicht in kritischen Situationen. Da muß sich der Politiker gerade bewähren und zähe an seiner Position festhalten und mit aller Kraft versuchen, die Dinge zu meistern. So habe ich auch bedauert, daß Sie sich so leicht stürzen ließen.

Es würde über den Rahmen dieses Briefes hinausgehen, wenn ich auf die Vorgänge, die zu Ihrem Sturze führten, soweit sie mir bekannt und noch im Gedächtnis sind, hier eingehend zurückkommen wollte. Allerdings möchte ich, von meiner sonst geübten Diskretion abweichend, Ihnen einen Vorgang mitteilen, der für die Vorgeschichte Ihres Sturzes nicht unerheblich ist[140]. Es war wohl im Spätsommer oder Herbst 1922 – mangels Tagebuchführung kann ich mich auf Daten ja nicht einlassen –, als Herr von Raumer[141] Stresemann[142], Müller, Wels[143] und mich zu einem internen Frühstück einlud, das ja zweifellos nicht nur dem guten Essen, das er servieren ließ, galt, sondern eine wichtige politische Bedeutung haben sollte. Tatsächlich ging es bei diesem Frühstück auch um Ihren Kopf als Kanzler. Stresemann und Raumer erklärten ganz offen, jawohl, die Volkspartei wolle in die Reichsregierung eintreten, aber nicht unter der Kanzlerschaft Wirths. Ich habe mich damals gegen diese Auffassung gewendet, meine Parteifreunde Müller und Wels waren leider geneigter, darauf einzugehen, und so kam es denn auch so, wie es gekommen ist, besonders weil, wie ich wußte, auch sehr starke rechtsstehende Zentrumspolitiker, die die Beteiligung der Volkspartei an der Reichsregierung höher schätzten als die Kanzlerschaft Wirths, im geheimen den Wunsch der Stresemann und Genossen unterstützten. Ich habe damals bedauert, daß Sie, wie ich den Eindruck hatte, etwas müde geworden, den Kampf gar zu leicht aufgaben. Hätte ich in Preußen in kritischen Situationen derart kapituliert, so wäre es mir sicherlich nie gelungen, 14 Jahre lang die Geschicke Preußens mehr oder weniger zu leiten. Sie sehen, mein lieber Wirth, so ein „ostpreußischer Eiszapfen" ist doch oft beharrlicher als der leichtbeschwingte, sanguinische Badenser, als der Sie mir immer lieb und wert gewesen sind.

Die Unterstützung des Zentrumsführers Hess in meiner Politik habe ich immer sehr geschätzt, da er eine ausgesprochene demokratische Einstellung und auch das Geschick hatte, mit den reaktionärer eingestellten Mitgliedern seiner Fraktion fertig zu werden.

Wenn Sie schreiben, daß es ein Unglück war, daß im Jahre 1922 das Reichskonkordat nicht zustande kam, so muß ich Ihnen darauf antworten, daß es nach meiner Auffassung ein Unglück gewesen wäre, wenn es zustande gekommen wäre. Denn sicher wäre bei einem katholischen Kanzler im Reiche und dem katholischen preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald[144] ein Reichskonkordat geschaffen worden, das mehr

---

140 Siehe S. 160 ff.

141 Hans v. Raumer (1870–1965): Geschäftsführendes Vorst.-Mitgl. der Deutschen Elektrotechnischen Industrie, 1920–1950 MdR (DVP), Juni 1920 – Mai 1921 Reichsschatzminister, Aug.–Nov. 1923 Reichswirtschaftsminister.

142 Gustav Stresemann (1878–1929): 1907–1929 MdR (Nationalliberal/DVP), Mitbegründer und Vors. der DVP, Aug.–Nov. 1923 Reichskanzler und Reichsaußenminister, seit Nov. 1923 Reichsaußenminister.

143 Otto Wels (1873–1938): 1912–1933 MdR (SPD), seit 1913 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, seit 1919 Mitvors. der SPD und der SPD-Reichstags-Fraktion, seit Juni 1933 Vors. der Sopade in Prag.

144 Adam Stegerwald (1874–1945): 1902–1919 Generalsekretär, 1919–1929 Vors. des Gesamtverbands Christlicher Gewerkschaften, 1919–1933 MdR (Zentrum), März 1919 – April 1921

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem bayerischen als dem später zustande gekommenen preußischen geähnelt hätte. Vor allem wäre in solch einem Reichskonkordat, wie es ja aus dem Gespräch mit Delbrück[145], das ich auf Seite 275 des Buches wiedergebe, hervorgeht, auch die Schule den Wünschen der Kurie entsprechend behandelt worden[146]. Damit wären alle Länder, die ja die Schulangelegenheiten auf eigene Verantwortung und ihre Kosten zu betreuen hatten, durch einen Reichsvertrag gefesselt worden. Das wollte ich nicht, und deswegen habe ich das Reichskonkordat bekämpft und mich redlichst bemüht, was schließlich mir auch der Vatikan zugestehen mußte, das preußische Konkordat zustande zu bringen[147]. Mein lieber Herr Wirth, ich bin nicht so sehr ein „echter Liberaler", wie Sie schreiben, als Sie vielmehr ein echter Klerikaler sind. Gewiß, die Sozialdemokratie hat auf kulturellem Gebiet viel liberales Gedankengut aufgenommen, nachdem insbesondere die deutschen Liberalen dieses mehr und mehr über Bord geworfen hatten und nur noch ›mehr‹[148] in Aktien und Dividenden zu denken gewohnt waren. ›Aber wirtschafts- und sozialpolitisch stand die Sozialdemokratie doch eher mit dem Zentrum in einer Front als mit den mehr oder weniger von manchesterlichen Gedankengängen geleiteten Liberalen‹[149].

Wenn Sie meinen, daß Ebert und seine Zeit in meinem Buch zu kurz kommen, so kann ich dem nur zustimmen, aber da muß ich Sie, was auch für viele andere Vorgänge in der Reichspolitik zutrifft, darauf hinweisen, daß ich in meinem Vorwort ja ausdrücklich bemerke, daß ich vornehmlich über die preußische Politik schreibe und die Reichspolitik nur soweit berühren kann, als sie mit jener im Zusammenhang steht.

Übrigens möchte ich noch nebenbei bemerken, daß es ein Irrtum von Ihnen ist, wenn Sie schreiben, daß Sie den Namen meines Staatssekretärs Weismann nicht einmal erwähnt finden in meinem Buch. Schon bei flüchtiger Durchsicht finde ich ihn auf Seite 129, 250, 306[150] und 348 erwähnt. Ebenso befinden Sie sich über das, was in meiner Abwesenheit in meinem Amte vorgegangen sein soll, in einem argen Irrtum. Ich hätte nur gewünscht, daß in den diversen Reichsämtern, einschließlich Kanzleramt, der Wille des Chefs sich immer so durchgesetzt und von der ihm untergebenen Beamtenschaft respektiert worden wäre, wie das in den langen Jahren in meinem Amte der Fall war[151].

Mein Verhältnis zu Hindenburg und der Bruch mit ihm wird von Ihnen, wie übrigens allgemein, nicht richtig beurteilt. Ich habe den Bruch mit ihm nicht herbeige-

---

Preußischer Wohlfahrtsminister, April–Nov. 1921 Preußischer Ministerpräsident, April 1929 – März 1930 Reichsverkehrsminister, März 1930 – Mai 1932 Reichsarbeitsminister.

145 Richard v. Delbrück (1875–1939): Professor für Archäologie in Berlin, seit 1920 Leiter des Vatikan-Referats im AA.

146 Delbrück erklärte Ministerialrat v. Kameke vom Preußischen Staatsministerium am 10. 11. 1921, ein Reichskonkordat sei das einzige Mittel, um das Saargebiet, Rheinland, Ermland und Oberschlesien beim Reich zu halten, da andernfalls die Bistümer den polnischen und französischen Wünschen gemäß neu abgegrenzt und besetzt würden. „Der einzige Weg, um dieses Unglück zu verhüten, sei der schleunige Abschluß eines Reichskonkordats unter Einbeziehung der Schulfragen, um die es sich für die Kurie in erster Linie handle" (Braun, Von Weimar, S. 275). Die dort, S. 275 f., wiedergegebene Aufzeichnung v. Kamekes ist stark gekürzt; das Original in: GStA Berlin, NL Braun D/90.

147 Siehe Anm. 120.

148 Von Braun handschr. aus „vornehmlich" verbessert.

149 Von Braun nachträglich handschr. eingefügt.

150 Irrtümlich anstelle von „308".

151 Siehe Anm. 71, 72.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führt, sondern, und das glaube ich in meinem Buche hinreichend klar zum Ausdruck zu bringen, die im Reiche immer stärker werdenden reaktionären Kräfte haben letzten Endes den alten Herrn, der seiner Grundeinstellung nach diesen Einflüssen gegenüber empfänglicher war, mir mehr und mehr entfremdet. Wenn Sie aber schreiben, daß ich die Stahlhelmsache, die nach Ihrer Meinung eine Lappalie war, zu wichtig genommen hätte, so spricht daraus jene verhängnisvolle Kurzsichtigkeit, die leider bis in meine Partei hinein viele republikanische Politiker zur falschen Beurteilung und Bewertung der immer stärker werdenden reaktionären Welle veranlaßte. Doch, ich möchte dem, was ich darüber in meinem Buch schreibe, hier nichts weiter hinzufügen. Die späteren Ereignisse haben mir leider recht gegeben und bewiesen, daß ich in den Dingen klarer sah als mancher andere. Die Unterredung mit Ihnen in dieser Angelegenheit ist mir tatsächlich, lieber Herr Wirth, nicht mehr im Gedächtnis. Es würde mir heute noch leid tun, wenn ich dabei Ihnen mit der allerdings in der Sache begründeten Schroffheit entgegengetreten sein sollte. Meine Stellung Hindenburg gegenüber in dieser Angelegenheit galt nicht so sehr seiner Person, als jenen vorerwähnten Kräften, die immer mehr Einfluß auf ihn gewannen. Das kam auch bei den verschiedensten Angelegenheiten zum Ausdruck. Ich bitte Sie, darüber nur meine Ausführungen auf Seite 298 und 304, 313 und 316, 319–320, 333–334, 386, wie schließlich auf den Seiten 415 und 368 noch einmal nachzulesen.

Zum Schlusse Ihres Briefes geben Sie auch der leider vielfach verbreiteten Auffassung Ausdruck, daß ich anläßlich der Reichsexekutive gegen Preußen gegen Papen mit der Waffe zur Wehr hätte schreiten müssen, wie Sie schreiben. Im einzelnen will ich darauf nicht eingehen, ich habe meine Haltung, wie ich glaube, in meinem Buche hinreichend begründet[152]. In jener Situation, wo übrigens einflußreiche Zentrumspolitiker bereits mit Hitler verhandelten[153], gegen das Reich mit der Waffe in der Hand vorzugehen, wäre Sache eines Don Quichottes, nicht aber eines verantwortlichen Politikers gewesen. Doch genug davon, der Brief ist schon länger geworden, als ich es wollte, das haben Sie nur dem Umstand zu verdanken, daß ich augenblicklich eine schreibkundige Freundin zu Besuch habe, die das Diktierte auf der Maschine wiedergeben kann. Mir wäre es aber sehr lieb, wenn wir einmal in aller Ruhe persönlich über diese Dinge reden könnten. Vielleicht kommen Sie mal nach dem Tessin und suchen mich hier auf meiner Burg auf, denn meine finanziellen Verhältnisse legen mir im Reisen jetzt eine erhebliche Beschränkung auf.

So verbleibe ich denn mit herzlichen Grüßen

Ihr ergebener
[handschr.:] Br[aun]

---

[152] Brauns Gründe für den unterlassenen Widerstand gegen Papen lauteten, zusammengefaßt: die sozialdemokratische Arbeiterschaft war unbewaffnet; die Verordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 Abs. 1 und 2, die die Grundlage des Putsches gebildet hatte, war nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. 10. 1932 teilweise, wenn auch nicht vollständig, verfassungskonform; die Anhänger der rechtmäßigen preußischen Regierung hätten die Reichswehr, die rechtsradikalen Verbände, die Kommunisten und wahrscheinlich sogar einen Teil der preußischen Polizei gegen sich gehabt; durch einen Kampf gegen Reichspräsident und Reichsregierung wäre das innenpolitische Gefüge der Republik stärker gefährdet worden, als dies durch den Papen-Putsch geschah. Außerdem habe sich Braun als Chef einer Minderheitsregierung für derart dramatische Schritte nicht legitimiert gefühlt; Braun, Von Weimar, S. 409 ff.

[153] Siehe Morsey, Zentrumspartei, in: Matthias/Morsey, Ende der Parteien, S. 305, 311 ff.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Josef Wirth
Haldenstr. 7, Luzern.

Luzern, den 29. Aug. 1941.

Sehr verehrter Herr Braun!

Gerne sei der Empfang Ihres geschätzten Briefes vom 25. August bestätigt. Schade, daß ich Ihnen nicht unter die Arme greifen kann. Meine Lage ist auch sehr prekär geworden, und für das nächste Jahr ist überhaupt vorerst nur der Blick ins Leere vorhanden. Bei der Mendelsohnbank in Amsterdam ging alles verloren.
Für Ihren ausführlichen Brief sei bester Dank übermittelt.
In Sachen Herold bin ich leider anderer Meinung wie Sie. Wenn man den alten Herold einen Republikaner nennt, so ist damit noch nichts gesagt in bezug auf seine besondere westfälische Art. Daß er ein Agrarier war, ist mir zu sehr bekannt. Und gleichzeitig ein Eigentumsfanatiker! Auch Herold hat mit dem Zusammenbruch hinzugelernt, wenn auch, wie ich es wiederholt konstatiert habe, bei ihm der westfälische Eigentumsbegriff nie geschwankt hat. Wenn man die Westfalen gut verstehen will, so darf man nur dasjenige nachlesen, was Freiherr vom Stein darüber gesagt hat. Im übrigen sei zu diesem Kapitel noch eine heitere Bemerkung beigefügt. Wir frugen in unserer Zentrumsfraktion häufig: Warum heißt der Alte im weißen Barte eigentlich Herold? Nun, weil er zwischen dem preußischen Landtag und dem Reichstage hin- und herrollt. Er ging nämlich zu Fuß.
Hochinteressant sind Ihre Ausführungen bezüglich meines Rücktritts im Spätjahr 1922. Ihre Mitteilung bezgl. der Vorgeschichte meines Sturzes war mir bekannt. Daß Sie bei dem „strategischen" Frühstück dabeiwaren, ist mir bisher unbekannt gewesen. Ebenso war mir die Haltung Müllers und Wels' unbekannt. Mir gegenüber haben die genannten Herren das Gegenteil von dem geltend gemacht, was beim Frühstück besprochen worden ist. Wels und Müller erklärten mir, Gegner des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu sein. Man machte mir auch ›schwere‹[154] Vorwürfe, daß ich mich mit Herren der Deutschen Volkspartei bei einem Frühstück getroffen habe. Noch heute muß man den Kopf schütteln über die Dinge, die damals gegangen sind. Es tut mir leid, daß das Andenken an die genannten Herren nunmehr bei mir getrübt erscheint. Ich habe bisher Wels als einen ›Naturburschen von großer Urwüchsigkeit, aber ohne Falschheit angesehen‹[155]. Es wäre mir recht, wenn Sie diese üblen Eindrücke wieder zerstreuen könnten. Ich habe Wels wiederholt in Paris getroffen, wo er mir eindringlichst nahelegte, mit ihm im Exil in die politische Arena zu reiten. Über sein Verhalten bei meinem Sturze hat er sich später geschämt, ohne daß ich wußte, daß er mit Hermann Müller bei der Deutschen Volkspartei bezüglich meines Sturzes Hoffnungen geweckt hatte.
Es ist durchaus richtig, daß es in [der] Zentrumsfraktion Leute gab, die unter allen Umständen die Volkspartei in die Regierung aufnehmen wollten; auch wenn ich dabei stürzen sollte. Dazu gehört in erster Linie Adam Stegerwald, der es als untragbar bezeichnete, dauernd sozusagen „allein neben der Sozialdemokratie" Verantwortung

---

154 Von Wirth unterstrichen.

155 Von Braun unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen; die Beziehungen zwischen Braun und Wels waren zumindest seit dem Beginn der Regierungszeit Brauns gespannt gewesen; siehe Schulze, Braun, S. 406 f.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tragen zu müssen[156]. Ebenso gehört dazu Herr Dr. Hermes[157]. Hermes hat sich der Sozialdemokratie direkt angeboten, die Kanzlerschaft zu übernehmen, um die Volkspartei beizuziehen[158]. Ihre Herren haben mir davon Mitteilung gemacht. Hermes hat auch hinter meinem Rücken Leute gefragt, ob sie bereit wären, eine Regierung Hermes zu unterstützen und darin Minister zu werden. Hermes wußte, ›daß Ebert auf den Sturz des Kabinetts Wirth hinarbeitete‹[159]. Es wäre mir sehr lieb, wenn Sie darüber aus dem Schatze Ihrer Erinnerungen heraus noch etwas beisteuern könnten. Die Sache ist nämlich von einer gewissen historischen Bedeutung. Der ehemalige tschechische Gesandte Tusar[160] hat mir nämlich später einige Eröffnungen gemacht über das Verhängnisvolle meines Sturzes[161]. Wie Sie wohl selbst wissen, war es geglückt, eine Note an die Westmächte fertigzustellen, die für uns alle, einschließlich der Volkspartei, eine gemeinsame Aktionsbasis abgegeben hatte[162]. Sozusagen von selbst erwuchs also „organisch" die Notwendigkeit, die Volkspartei zum Eintritt in die Regierung einzuladen. ›Tusar, der bekanntlich ein großer Freund der Sozialdemokraten war‹[163], war erschüttert über die Haltung seiner politischen Freunde. Zu meiner Ge-

---

156 So in Adam Stegerwald, Zusammenbruch und Wiederaufbau, Berlin 1922, S. 9; zu Stegerwalds Bemühungen um eine Neutralisierung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung durch die Ausweitung der Koalition nach rechts siehe Helmut J. Schorr, Adam Stegerwald, Recklinghausen 1966, S. 67 ff.; zu den persönlichen Beziehungen zwischen Stegerwald und Wirth: Morsey, Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, S. 428 ff.

157 Andreas Hermes (1878–1964): 1925–1928 Mitglied des preußischen Landtags, 1928–1933 MdR (Zentrum), März 1920 – März 1922 Reichsernährungsminister, Okt. 1921 – Aug. 1923 Reichsfinanzminister, 1928–1933 Präsident der deutschen Bauernvereine und des Raiffeisenverbands, 1945 Mitbegründer der CDU, 1946–1954 Präsident des Deutschen Bauernverbands.

158 Die Vorwürfe Wirths gegen seinen ehemaligen Finanzminister müssen auf dem Hintergrund der persönlichen Feindschaft zwischen Wirth und Hermes gesehen werden (siehe Morsey, Zentrumspartei 1917–1923, S. 452). Hermes entwickelte sich zu Wirths schärfstem Gegner im Reichskabinett, er kritisierte dessen Reparationspolitik, den Abschluß des Rapallo-Vertrags und die Republikschutzgesetzgebung; zu einer in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroverse kam es, als Wirth Hermes vorwarf, bei Reparationsverhandlungen in Paris im Mai 1922 seine Kompetenzen weit überschritten zu haben, und von Ebert und den meisten Kabinettsmitgliedern zugunsten Hermes' desavouiert wurde (siehe: Akten der Reichskanzlei, Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth, S. XXVIII, XL ff.; Laubach, Politik der Kabinette Wirth, S. 228 ff.). Wirths Vorwurf, Hermes habe hinter seinem Rücken mit der SPD-Führung Kontakt aufgenommen, um an seiner Stelle Kanzler einer Großen Koalition zu werden, findet ihr Gegenstück in der Behauptung Hermes', Wirth habe nach seinem Sturz in der Zentrumsfraktion durchgesetzt, daß Hermes nicht neuer Reichsaußenminister werden konnte (Fritz Reichardt, Andreas Hermes, Neuwied 1953, S. 93). Beide Behauptungen sind nicht zu verifizieren.

159 Von Braun unterstrichen.

160 Vlastimil Tusar (1869–1924): 1921–1924 tschechoslowakischer Gesandter in Berlin.

161 Die Information Tusars hatte Wirth bereits früher erwähnt: „Es sind mir später Mitteilungen gemacht worden, daß das Zustandekommen der Großen Koalition in Deutschland, in der auch die Wirtschaftskräfte dem Staate verpflichtet worden wären, dem Gang der Reparationspolitik sehr förderlich gewesen wäre" (Joseph Wirth, Die Festigung der Republik, in: Friedrich Ebert und seine Zeit, Charlottenburg 1928, S. 328).

162 Siehe S. 161.

163 Von Braun unterstrichen; vgl. d'Abernon, Botschafter, I, S. 315, II, S. 72, III, S. 81.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1.
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nugtuung ersehe ich aus Ihrem geschätzten Briefe, daß Sie sich ›bei den Intrigen nicht beteiligt haben‹[164], und daß Sie die Lage klar erkannt haben.
Dazu muß noch die Tatsache erwähnt werden, daß der dämonische Hugo Stinnes[165] sich schließlich mit Ebert und mit mir zusammensetzte, um durch die Praxis, ähnlich wie es Rathenau getan hatte, mit Frankreich zu Lieferungsabkommen zu gelangen. Das muß man wohl berücksichtigen, wenn man wie Sie den Eindruck hatte, daß ich müde geworden sei. Ich habe den Kampf nicht nur nicht aufgegeben gehabt, sondern ich hatte im Hinblick auf die drohenden Gefahren für das Reich nicht nur freiwillig alle Bedenken gegen die Volkspartei und gegen Hugo Stinnes auf die Seite gestellt, sondern ich hatte, wie historisch feststeht, alle Fäden so gezogen, daß es ›nur vom guten Willen Ihrer Leute abgehangen‹[166] hat, zum politischen Erfolg zu kommen. Poincaré[167] gegenüber durfte die Regierung Wirth nicht gestürzt werden. Und ebenso durfte der Eintritt der Volkspartei nicht verhindert werden. Ich möchte darüber nicht mehr sagen. Es ist ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte, das in meinen Erinnerungen zur Darstellung kommen wird.
Die Sozialdemokratie hat übrigens durch Fraktionsbeschluß den Eintritt der Volkspartei abgelehnt. Ich darf wohl annehmen, daß Sie der Fraktionssitzung beigewohnt haben[168]. Am gleichen Tage fand die Sitzung des Reichskabinetts statt. Ich berichtete kurz über die Vorgänge dieses Tages und teilte mit, daß die sozialdemokratische Fraktion es abgelehnt habe, dem Eintritt der Volkspartei zuzustimmen. Ehe eine Aussprache stattfinden konnte, meldete sich Herr Gustav Bauer[169] zum Worte. Mit einer Schärfe, die mir sonst bei diesem anständigen Manne niemals begegnet ist, sagte Herr Bauer: Der Rücktritt des Kabinetts ist unvermeidlich. Damit kam die totale Absage an die Regierung Wirth von der sozialdemokratischen Seite[170]. ›Ebert und

---

164 Von Braun unterstrichen.

165 Hugo Stinnes (1870–1924): Großindustrieller, 1920–1924 MdR (DVP).

166 Von Braun unterstrichen.

167 Raymond Poincaré (1860–1934): 1913–1920 französischer Staatspräsident, 1922–1924 Ministerpräsident, 1926–1928 Ministerpräsident und Finanzminister.

168 Nach der einzigen, grob stichwortartigen Quelle zur Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 13. 11. 1922 hatte Hermann Müller der Fraktion vorgeschlagen, die Große Koalition abzulehnen; alle Redner bis auf Otto Braun stimmten Müller zu. Braun erklärte, ein entschiedener Kurs der SPD gegen die DVP werde die Regierung in deutschnationale Arme treiben, was zur Folge haben werde, daß man ohne ausländische Getreidelieferungen dastehen werde. Die abschließende Abstimmung ergab eine Dreiviertelmehrheit gegen eine Große Koalition (AdsD Bonn, NL Giebel, Kassette II; s. auch: Kastnig, Deutsche Sozialdemokratie, S. 106 ff.).

169 Gustav Adolf Bauer (1870–1944): 1908–1918 2. Vors. der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, Febr.–Juni 1919 Reichsarbeitsminister, Juni 1919–März 1920 Reichskanzler, Mai 1921 – Nov. 1922 Reichsschatzminister und Vizekanzler.

170 Das Protokoll der Kabinettssitzung vom 14. 11. 1922, 21.30 Uhr, ergibt ein etwas anderes Bild. Danach hatte Wirth über den Stand der Koalitionsverhandlungen und über den ablehnenden Beschluß der SPD-Fraktion referiert und Bauer gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Nachdem Bauer Wirths Mitteilungen bestätigt hatte, fährt das Protokoll fort: „Der *Reichskanzler* frug, ob es das letzte Wort der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien sei. Vizekanzler *Bauer* bejahte diese Frage und fügte hinzu, er halte den Rücktritt der jetzigen Regierung für unvermeidlich. Der *Reichskanzler* erklärte, daß das Kabinett diese Erklärung zur Kenntnis nehme. Er habe die gleiche Auffassung wie der Vizekanzler Bauer

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bauer spielten geschickt zusammen‹[171]. So geschah es auch, wie es gekommen ist, um Ihre eigenen Worte zu gebrauchen. Nicht mit einem Worte habe ich die ganze Zeit hindurch von meinem Rücktritt gesprochen, trotzdem ich Anlaß hatte, mich von Ihren Freunden wie von Ebert hintergangen zu fühlen. Ich muß es deshalb ablehnen, mir nachsagen zu lassen, daß ich kapituliert hätte. Nur in einer Hinsicht war ich konsequent, nämlich in der strengen Sachlichkeit, aus der gegebenen Lage im Hinblick auf die Gefahren des Reiches im richtigen Augenblick die Forderung erhoben zu haben, daß die Deutsche Volkspartei, aus außenpolitischen Gründen besonders, in die Regierung eintreten sollte. Auf diesem Wege zu einer rein sachlichen Politik hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages versagt, um dann, nicht einmal ein Jahr später, in die Regierung Stresemann einzutreten. Darüber steht selbst bei Stampfer meiner Erinnerung nach ein abfälliges Wort[172]. Wenn Sie das Werk von Stampfer zur Verfügung haben, wäre ich sehr dankbar, wenn Sie mir dieses Buch für einige Zeit leihen könnten.

In bezug auf das Reichskonkordat bin ich auch trotz Ihrer beachtlichen Belehrung ganz anderer Meinung. Mit Ihrer Bemerkung und mit der Retourkutsche, daß ich ein echter Klerikaler sei, haben Sie mir eine heitere Stunde bereitet. Herzlichen Dank dafür! Das hat bisher noch niemand behauptet, während Ihre Feindschaft gegen ein Reichskonkordat durchaus, meiner Auffassung nach, auf starke liberale Neigungen schließen läßt. Ich kann es sehr wohl verstehen, daß der damalige Nuntius Pacelli[173] die Schulfrage angeschnitten hat. Ihre Partei hat nämlich auf dem Görlitzer Parteitage[174] auch die Frage der Einheitsschule angeschnitten. Stampfer[175] erhob die Forderung nach der ›weltlichen‹[176] Einheitsschule. Das geschah im Jahre 1921. Man muß wissen, was die ›weltliche‹[176] Einheitsschule für Katholiken und für Protestanten bedeutet. In der katholischen Monatsschrift „Stimmen der Zeit" kam deshalb im Jahre 1922 ein heute noch sehr interessanter Artikel, in dem ausgeführt wird, daß die Kluft zwischen der katholischen Kirche und der Sozialdemokratie erneut aufgerissen ist. Seite 324 steht der Satz: „Gerade mit dieser Forderung reiht sich auch der sonst so vorsichtige und geflissentlich vermittelnde Stampfer in die Reihe der ›Unversöhnlichen‹[176] ein."[177]

äußern wollen. Auch er halte einen Rücktritt des Kabinetts für erforderlich." (Abgedr. in: Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth I und II, Dok. Nr. 408, S. 1169.)

171 Von Braun unterstrichen.

172 „Blicken wir zurück, so finden wir, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen wunderlichen Weg gegangen ist. Sie hat im Herbst 1922 Wirth gehen lassen, weil sie Bedenken trug, sich mit Stresemann oder anderen Volksparteilern an einen Koalitionstisch zu setzen. Die Folge davon war die Bildung einer Regierung der ‚Wirtschaft' mit stark volksparteilichem Einschlag. [. . .] Jetzt, im Sommer 1923, stürzte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese Regierung, um Stresemann an die Spitze zu bringen, denselben Stresemann, den sie neun Monate zuvor so scharf abgelehnt hatte, daß Wirth darüber zu Fall kam" (Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 341).

173 Eugenio Pacelli (1878–1958): 1917–1925 päpstlicher Nuntius für Bayern, 1920–1929 Nuntius für das Deutsche Reich, 1930–1939 Kardinalstaatssekretär, 1939–1958 Papst Pius XII.

174 18.–24. 9. 1921.

175 Friedrich Stampfer (1874–1957): 1916–1933 Chefredakteur des „Vorwärts", 1920–1933 MdR (SPD), 1925–1933 Mitgl. des Parteivorst. der SPD, 1933 über Prag und Paris nach New York emigriert.

176 Von Wirth unterstrichen.

177 Der von Wirth zitierte Satz bezieht sich nicht auf Ausführungen Stampfers vor dem Gör-

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man muß also sehr vorsichtig sein in der Beurteilung der Vorarbeiten zu einem Reichskonkordat. Mehr als Vorarbeiten lagen nämlich nicht vor. Daß die Wünsche der Kurie, wie sie geäußert wurden, ein Maximum darstellten, die nie erfüllt werden konnten, war mir als Reichskanzler durchaus klar. Das hat sogar Herr Kaas[178] eingesehen. Ich stelle nur fest, daß Sie, um ganz offen zu sein, mitten in die Vorarbeiten mit Ihrer Opposition hineingefunkt haben. Ich selbst galt bei meinen Parteifreunden als ein badischer Liberaler[179]. Sie wissen, oder Sie haben es vergessen, daß ich mein badisches Reichstagsmandat verloren habe, weil ich für die christliche Simultanschule etwas übrig gehabt habe[180]. Das war in den Augen gewisser klerikaler Heißsporne ein schweres Vergehen. Das Zentrum hat im Weimarer Schulkompromiß die weltliche Schule zugestanden. Das war schon allerhand. Die weltliche Schule war die Schule ohne Religionsunterricht. Sie war aber keine gottlose Schule, wie die Kommunisten sie gewollt haben. Der Parteitag in Görlitz hat bezüglich der Schule ein großes Unheil angerichtet, um das auch ganz offen zu sagen. Wenn Sie deshalb, verehrter Herr Braun, ›am Zentrum Kritik üben‹[181], so ist das selbstverständlich Ihnen ganz unbenommen; nur müssen Sie mir erlauben, zu bemerken, daß bezüglich der Reichspolitik die Sozialdemokratie Fehler gemacht hat, die selbst bei Ihren eigenen Leuten noch heute Kopfschütteln hervorrufen. Da stimme ich mit Ihnen bezüglich der Politik Hermann Müllers ganz überein. Da sind mir auch noch Äußerungen Eberts in Erinnerung, die im Lichte der Geschichte sehr wichtig sind. Ebert ist an Ihrer Reichstagsfraktion geradezu verzweifelt[182]. Dazu kommen noch schwere Differenzen Ihrer Leute mit Ebert; auch ›Zwistigkeiten persönlicher Art‹[183], wie aus einem Briefe Scheide-

---

litzer Parteitag, sondern in dessen Broschüre: Das Görlitzer Programm, Berlin 1922, S. 52 (Constantin Noppel S. J., Kirche und Sozialdemokratie nach der Revolution, in: Stimmen der Zeit 103 [1921/22], S. 321 ff.).

178 Ludwig Kaas (1881–1952): Prälat, 1920–1933 MdR (Zentrum), außenpolitischer Sprecher der Zentrums-Reichstagsfraktion, seit 1928 Vors. der Deutschen Zentrumspartei, 1933 emigriert, seit 1935 Kanonikus von St. Peter in Rom. Während der Konkordatsverhandlungen 1921/22 mit der Reichsregierung Wirth hatte Kaas als Berater des Nuntius fungiert und die Auffassung vertreten, „daß der Kern des Konkordats der Schulparagraph sei" (Mitteilung Delbrücks während der Chefbesprechung in der Reichskanzlei, 10. 11. 1921, abgedr. in: Schulze-Bidlingmaier, Kabinette Wirth I und II, Dok. Nr. 134, S. 574).

179 Vgl. Köhler, Lebenserinnerungen, S. 171.

180 Die Formulierung Wirths ist irreführend. In der Tat war er auf der Sitzung des Zentralkomitees der badischen Zentrumspartei am 3. 3. 1928 gegen die Forderungen einiger Anwesender nach der Konfessionsschule aufgetreten, aber daß er bei der Aufstellung der Kandidatenliste des badischen Zentrums zu den Reichstagswahlen 1928 nicht berücksichtigt wurde, lag daran, daß ihm seine mangelnde Parteidisziplin in den vergangenen Jahren vorgeworfen wurde. Wirth erhielt statt dessen einen Platz auf der Reichsliste (siehe Becker, Joseph Wirth, S. 415 ff.; Köhler, Lebenserinnerungen, S. 186 f.).

181 Von Braun unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen.

182 Siehe Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/71, 30. 1. 1971, S. 74 ff.; vgl. die von Stresemann notierte Äußerung Eberts gegenüber Parteifreunden nach dem Sturz des 2. Kabinetts Stresemann am 23. 11. 1923: „Was Euch veranlaßt, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen Eurer Dummheit werdet Ihr noch zehn Jahre lang spüren" (Gustav Stresemann, Vermächtnis, hrsg. v. Henry Bernhard, Bd. I, Berlin 1932, S. 245).

183 Von Braun unterstrichen.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

manns vom 24. Juli 1923 an mich hervorgeht[184]. Der Brief liegt soeben im Original vor mir. Gelegentlich soll er Ihnen zur Erforschung der historischen Wahrheit unterbreitet werden. Nun ist auch leider mein Brief etwas lang geworden. Ganz neu ist mir zum Schluß noch Ihre Mitteilung, daß schon ›unter Papen Zentrumsleute mit Hitler verhandelt haben sollen‹[185]. Es wäre mir dringendst erwünscht, darüber etwas hören zu können. Leider ist eine Reise nach Locarno nicht mehr möglich. Da geht es mir, wie oben schon gesagt, ganz wie Ihnen.

Mit vielen herzlichen Grüßen, Ihr sehr ergebener:
[handschr.:] Wirth

Dokument 4

Dr. h. c. Otto Braun

Ascona, 18. September 1941
Casa Erna

Lieber Herr Wirth,

für Ihren Brief v. 29. v. Mts. verbindlichsten Dank. Da ich niemand habe, dem ich diktieren kann, und zudem auf der Maschine noch sehr unbeholfen bin, muß meine Antwort sehr kurz ausfallen.
Auf die persönlichen Interna, die in der Politik oft eine nicht unerhebliche Rolle spielen, will ich nicht eingehen. Ich habe das in meinem Buche möglichst vermieden und möchte es auch in unserer Korrespondenz dabei bewenden lassen. Ihren Sturz haben Sie nach meiner Auffassung mehr Ihren Parteifreunden Stegerwald, Hermes und Leuten ähnlicher Sinnesart in der Zentrumspartei zu verdanken als der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Minierarbeit Ihrer eigenen Parteifreunde, denen Sie zu demokratisch waren, gegen Sie bestärkte auch die Deutsche Volkspartei in ihrer feindlichen Haltung gegen Sie. Hätten Sie es damals auf einen offenen Kampf ankommen lassen, wären Ihre Zentrumsgegner nicht offen gegen Sie aufgetreten, und auch die sozialdemokratische] Fraktion wäre dann zu einer anderen Haltung Ihnen gegenüber zu bewegen gewesen. Denn Bauer war zwar ein intimer Freund Eberts und dessen willfähriges Werkzeug, hatte aber in der Fraktion keinen erheblichen Einfluß. Aber es hat ja jetzt wenig Wert, den Fehlern der einen oder der anderen Partei nachzuspüren. Überlassen wir das neidlos jenen, die in bequemer Passivität verharrend mit unerbittlicher Strenge und von den Realitäten wenig oder gar nicht belastet die Fehler der Aktiven kritisieren, die sie für sich wirken ließen. Ich glaube, wir sind nun allzu-

[184] Das erwähnte Schreiben Scheidemanns dürfte sich im unzugänglichen Nachlaß Wirth finden; vermutlich geht Scheidemann darin auf seine Differenzen mit Ebert Anfang Februar 1919 in Weimar ein, als es um Eberts Kandidatur um die Reichspräsidentschaft ging. In seinen Memoiren gibt Scheidemann als Grund für diese Auseinandersetzung an, „daß unsere Anschauungen in der Beurteilung der Aufgaben des Reichspräsidenten weit auseinandergingen" (Scheidemann, Memoiren, II, S. 355). Vermutlich spielten hierbei auch Scheidemanns eigene Aspirationen auf das Amt des Reichspräsidenten eine Rolle. Nähere Mitteilungen über die Konflikte zwischen Scheidemann und Ebert sollen sich im unveröffentlichten Manuskript des dritten Memoirenbandes von Scheidemann finden, das ebenso wie der Nachlaß Wirth z. Z. in Privathand und unzugänglich ist.

[185] Von Braun unterstrichen und am Rand mit dem Verweis auf seine Memoiren versehen: „S. 424/25."

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mal Sünder und mangeln des Ruhms, den wir vor der Welt haben sollen. Überdies sehen wir jetzt rückschauend leicht Fehler, die wir damals, als sie begangen wurden, oft nicht erkannt haben, wohl auch nicht erkennen konnten.
In der Konkordatsfrage sind wir wohl kaum auf einen Nenner zu bringen. Ich habe diese Angelegenheit in meinem Buche ziemlich eingehend behandelt und möchte dem nichts weiter hinzufügen. Was die von mir erwähnten Verhandlungen des Zentrums mit den Nazis anlangt, kann ich Sie nur auf Seite 424 u. f. meines Buches verweisen. Das gespannte Verhältnis zwischen meinen Freunden Ebert und Scheidemann war mir wohl bekannt; ich kenne auch die Ursache, die bis Weimar zurückreicht. Doch sie sind beide tot, lassen wir sie ruhen.
Gern möchte ich über all diese Dinge mit Ihnen mal plaudern. Sollte ich im Winter einmal nach Zürich fahren, werde ich in Luzern für einige Stunden Station machen und, wenn es Ihnen recht ist, Sie aufsuchen.
Inzwischen grüßt Sie herzlichst Ihr ergebener

[handschr.:] Br[aun]

Anbei mit der Bitte um Rückgabe einen Artikel über die Große Koalition, der meinen Standpunkt darlegt[186]. Das Buch Stampfers folgt gesondert.

Dokument 5

Josef Wirth,
Haldenstr. 7,
Luzern.

Den 19. Sept. 1941.

Sehr geehrter Herr Braun!

Heute ist gerade eine günstige Gelegenheit, um Ihren Brief vom 18. September umgehend zu beantworten. Ihr dankenswertes Schreiben stimmt mich sehr elegisch, um nicht mehr zu sagen. Das hängt auch mit den Dingen zusammen, die man soeben hört. Schon die Zeitung hat gemeldet, daß Hilferding gestorben ist. Das englische Radio meldet dazu noch, daß Hilferding in einem Gefängnis in Paris erhängt aufgefunden worden ist. Die Meldung ist schwer nachzuprüfen. Von Ihren Freunden konnte nur festgestellt werden, daß Breitscheid sich in einem Gefängnis in Berlin befindet. Hilferding galt als verschollen. Sein Schicksal gleicht dem des badischen Staatsrates und Mitgliedes des Reichstages Marum[187]. Über beide will ich einige Zeilen meinen

[186] Otto Braun, Große Koalition?, in: Freie Presse (Elberfeld-Barmen), Nr. 9, 12. 1. 1926; auszugsweise abgedr. in: Vorwärts, Nr. 17, 12. 1. 1926. Vor dem Hintergrund des Rücktritts des 1. Reichskabinetts Luther beschwor Braun in diesem Aufsatz die Parteigremien, einer Großen Koalition zuzustimmen: „Es kommt jetzt darauf an, daß die vier Parteien, die die Große Koalition bilden müssen, von dem ernsten Willen beseelt sind, unter zeitweiser Zurückstellung eigener Grundsätze und Forderungen, ohne nach links oder rechts zu sehen, das zu tun, was die schwierige wirtschaftliche und politische Lage unseres Volkes heischt. [...] Da muß auch die Sozialdemokratische Partei, die stärkste Partei des Reiches, Vertrauen zu ihrer inneren Kraft beweisen und den Mut zur Verantwortung finden [...]" Der Appell Brauns wurde von der Parteipresse allgemein abgelehnt; an den Koalitionsverhandlungen, die am 20. 1. 1926 zur Bildung des 2. Kabinetts Luther führten, beteiligte sich die SPD nicht.

[187] Ludwig Marum (1882–1934): Sozialdemokratischer Rechtsanwalt, Jude, 1914–1928 Mitgl. des Badischen Landtags (SPD), 1918–1919 Badischer Justizminister, dann Staatsrat, 1928–

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erinnerungen anvertrauen. Beides waren Männer von höchster Intelligenz. Sie waren auch zuverlässige und treue Ratgeber. Einen besseren Sachverständlichen, auch für politische Fragen, als Hilferding konnte ich mir nicht einmal denken. Ganz anders war seine Tätigkeit als Minister. Da hatte er unvorstellbare Hemmungen. Während der Haager Konferenz[188] mußten wir ihn geradezu drängen, das Wort zu ergreifen. Ich glaube, daß in bezug auf diese Seite Hilferdings unser Urteil gut zusammenklingt[189].
Das ›Kapitel meines Rücktritts‹[190] können wir wohl abschließen. Ich kann es schlechthin nicht verstehen, daß Sie meinen, ich hätte es auf einen offenen Kampf ankommen lassen sollen. Aber, sehr verehrter Herr Braun, das habe ich ja gerade getan. Und Ihre Leute waren über das Drängen der Herren Stegerwald und Genossen auf das Beste unterrichtet. Ich selbst habe Hermann Müller davon Kenntnis gegeben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist ganz offen vor die Frage der Großen Koalition gestellt worden. Es war für Ihre Partei zwar eine kritische Situation entstanden im Hinblick auf den linken und wilden Flügel Ihrer Partei, aber auch eine historisch sehr bedeutsame Stunde: gegenüber den drohenden Gefahren von der Seite Poincarés war die Große Koalition eine historische Notwendigkeit. Ich weiß ganz genau, warum ich diese Dinge nachdrücklichst durchleuchte und studiere. Es wird mir nämlich vorgeworfen, daß ich noch viel kräftiger die Große Koalition hätte erstreben sollen, um den Bemühungen Poincarés besser entgegentreten zu können. Wie schon gesagt, hat Tusar die These vertreten, daß Poincaré es sich überlegt hätte, gegen Deutschland schon im Jahre 1923 vorzugehen. Auf diese Dinge wird sich noch eine scharfe Polemik gegen mich und Ihre Partei aufbauen, wie mir vor einigen Jahren angekündigt worden ist. Ich muß deshalb leider Ihrer Auffassung widersprechen, als ob es jetzt wenig Wert hätte, den Fehlern der einen oder der anderen Partei nachzuspüren.
Auf gar keinen Fall habe ich mir vorgenommen, einen Vorwurf vor der Geschichte zu tragen, als ob mir irgendein Versäumnis für die historische Stunde der Großen Koalition im Spätjahr 1922 nachsagen könnte. Das muß ich feierlichst unterstreichen und betonen. Im übrigen haben einige Ihrer Freunde mir später das Tragische der sozialdemokratischen Stellungnahme auseinandergesetzt und darüber sehr bittere Klage geführt. Ich freue mich, daß Sie, sehr geehrter Herr Braun, auf der Seite der Verständigen gestanden haben. Nachforschungen mache ich noch über die Debatte, die damals in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden haben soll. Sie sei nämlich sehr kurz gewesen, vor allem im Hinblick darauf, daß man aus der Gefahrenzone und aus dem Risiko einer Fortführung der damaligen Reichspolitik herauswollte, um gleichzeitig der Gefahr zu entgehen, eine Rebellion des linken Flügels zu umgehen[191]. Ein tragisches Geschick, nehme ich mit Absicht das Los der Sozialdemo-

---

1933 MdR; am 16. 5. 1933 verhaftet, im KZ Kieslau schwer mißhandelt, am 31. 3. 1934 von Gestapoleuten erwürgt und zur Vortäuschung eines Selbstmords aufgehängt.

188 Hilferding hatte als Reichsfinanzminister zu der deutschen Delegation zur ersten Haager Konferenz im August 1929 gehört, die zu Verhandlungen über den Young-Plan und die Rheinlandräumung zusammengetreten war.

189 Braun hielt Hilferding für einen zur praktischen Tätigkeit unfähigen Theoretiker; zu Stresemann sagte er einmal, seinen Memoiren zufolge: „Hilferding wäre ein wertvoller wissenschaftlicher Berater für einen entschlußfähigen Minister, zum Minister selbst ist er zu klug." (Braun, Von Weimar, S. 126 f.)

190 Von Braun unterstrichen.

191 Siehe Anm. 168; die beiden von Wirth vermuteten Motive für die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion treffen zu; vgl. Kastning, Deutsche Sozialdemokratie, S. 105 ff.; Kessler, Tagebücher, S. 546.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kratie im Reiche wie mein eigenes. Es handelt sich dabei nicht um eine Frage des Ruhms, sondern um die höchst ernste Frage, ob wir in der historischen Stunde unsere Pflicht erfüllt haben. Eine solche Pflichterfüllung kann ich Ihnen, sehr verehrter Herr Braun, stets bestätigen, von dem einen Fall abgesehen, wo Sie sich ohne letzte Gegenwehr von Papen absetzen ließen. Und diese Sache hängt im letzten Kerne von der ›Auffassung des Staates und der Gesellschaft‹[192] ab, worüber von Ihrer Seite bis jetzt keine Mitteilungen vorliegen.

Mit dem unglücklichen Hilferding habe ich mich in Paris darüber auseinandergesetzt. Er war ja einer der großen Theoretiker Ihrer Partei. Er hat mir erklärt, daß die ›theoretische Stellungnahme zu Staat und Gesellschaft‹[192] nicht mehr haltbar gewesen sei, und daß in bezug auf den Staat eine ›neue Theorie‹[192] erstehen müsse.

Die Gesellschaftskritik, die in Ihrer Partei fleißig geübt wurde, habe ich sehr wohl verstanden. Auch ich stand jenen Dingen dieser Welt sehr kritisch gegenüber. Darüber hat es auch in denkwürdigen Unterhandlungen mit einigen Ihrer Freunde kaum eine Differenz gegeben. Ganz anders lag aber die Sache, wenn man auf den Staat zu sprechen kam. Da hat die sozialistische Theorie nicht einmal eine Basis zur Diskussion abgegeben. Es ist für mich nach dieser Hinsicht eine denkwürdige Erinnerung an Hilferding, daß er seine Monatsschrift, die meiner Erinnerung nach in der Schweiz erschien[193], „Gesellschaft" genannt hatte. In Wirklichkeit dreht es sich beim Gang der Dinge durch die Jahrtausende immer um Staat und Gesellschaft. Von der praktischen Seite aus gesehen, haben Sie, lieber Herr Braun, den Staat nicht nur gesehen, Sie haben auch die preußische Staatsmacht, die Sie mehr wie zehn Jahre in Händen gehabt haben, berechtigterweise und zu unserer Genugtuung geschätzt. Die Staatsmacht ist eben etwas ganz anderes als nur ein Hebel, den man von seiten der Gesellschaft einsetzen kann. In der Gesellschaft kann man den Hebel zur Reform wie zum totalen Umsturz, wie in Rußland, ansetzen, wenn man nicht übersieht, daß man gleichzeitig die Staatsmacht fest in der Hand halten muß. Daran hat es bei Ihren Leuten im Reiche leider gefehlt. Ich wiederhole: Hermann Müller hat mehrmals die Macht im Reiche weggeworfen oder auf die Seite geschoben, als ob es [sic] nichts bedeuten würde. Der stark zur Ironie aufgelegte Breitscheid, der in Berlin unter der Last seiner Lage seufzt, hat mir darüber Aufschluß gegeben. Nun ist der Brief leider schon wieder etwas länglich geworden. Doch fühle ich mich verpflichtet, Ihnen diese Dinge zu unterbreiten, damit Sie wissen, wie ungefähr meine Stellungnahme zu Ihrer Partei in meinen schriftlichen Darstellungen aussehen wird.

In bezug auf Gustav Bauer bin ich leider auch anderer Auffassung. Ich habe diesen Mann als Menschen sehr verehrt. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihn auch, was hervorzuheben ist, mehrmals als Vizekanzler und Minister präsentiert. Das läßt nicht darauf schließen, daß er in der Fraktion wenig Einfluß gehabt hat.

Mit etwas Erstaunen ruht mein Blick auf Ihrem Satze: „Doch sie sind beide tot, lassen wir sie ruhen." Wenn man das durchgehend beachten würde, so gäbe es keine Geschichtsschreibung und keine Wissenschaft vom Wesen der Geschichte. Beide liegen mir sehr am Herzen, und nach diesem furchtbaren Kriege sollten noch einige Menschen leben, die Verantwortung getragen, um weitere Beiträge zur Geschichte der 14 Jahre zu schreiben, wie Sie es ja selbst dankenswerterweise getan haben. Der Konflikt zwischen Ebert und Scheidemann ist mir auch in seiner Entstehung bekannt. Ich

---

[192] Von Wirth unterstrichen.

[193] „Die Gesellschaft – Internationale Revue für Sozialismus und Politik" erschien von 1924 bis 1933 in Berlin und wurde von Hilferding im Auftrag des SPD-Parteivorstands herausgegeben.

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

danke Ihnen aufrichtigst, daß Sie ihn bis Weimar zurückverfolgen. Scheidemann hat auch bei mir geltend gemacht, daß er berufen gewesen sei, Reichspräsident zu werden[194]. Darüber kann man sehr wohl verschiedener Meinung sein. Für die freundliche Überlassung des Zeitungsausschnittes übersende ich gerne den herzlichsten Dank. Vielleicht könnten Sie mir noch einige andere Artikel leihweise überlassen, die nach Ihrer Meinung geeignet sind, Licht auf die 14 Jahre zu werfen. Wenn Sie nach Zürich fahren, so bitte ich herzlichst um eine sehr gefl. Mitteilung. Ich werde nicht verfehlen hinüberzufahren, um mit Ihnen über der Zeiten Verhängnis zu plaudern.

Mit vielen herzlichen Grüßen, Ihr sehr ergebener:
[handschr.:] Joseph Wirth

NB. Soeben höre ich aus Amerika, daß Dr. Spiecker[195] in New York eingetroffen ist. Spiecker ist ein kluger Mann![196]

---

[194] Siehe Anm. 184.

[195] Carl Spiecker (1888–1953): 1919–1922 preuß. Staatskommissar für Oberschlesien, 1922–1923 Verlagsleiter des Zentrumsorgans „Germania", 1923–1926 Pressechef der Reichsregierung, Vorst.-Mitgl. des „Reichsbanners", 1931 Sonderbeauftragter des Reichsinnenministeriums für die Bekämpfung des Nationalsozialismus, 1933 nach Frankreich, dann in die USA emigriert, 1946 Mitbegründer, 1948 Vors. der Zentrumspartei, 1949 Übertritt zur CDU, seit Sept. 1949 nordrhein-westfäl. Bundesrats-Minister.

[196] Neben dem Briefkopf zu diesem Schreiben findet sich der handschriftliche Vermerk Brauns: „26/XI. 41 in Zürich mit W. gesprochen".

Jahrgang 26 (1978), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte